

# Redebuch

2024



Initiative Bremer Montagsdemo: Redebuch. Beiträge

2004 – 2005 – 2006 – 2007 – 2008 – 2009 – 2010 –  
2011 – 2012 – 2013 – 2014 – 2015 – 2016 – 2017 –  
2018 – 2019 – 2020 – 2021 – 2022 – 2023 – 2024

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de)

Zusammengestellt  
von Gerolf D. Brettschneider

Typeset with Markup Shredder  
[www.Gerolf.org](http://www.Gerolf.org)

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet  
Meine Herbstzeit wird mit Dornen bespickt  
Ich habe mich immer aus der Not gerettet  
Und noch gehofft auf ein besseres Rentnerglück

*Ursula Gatzke*

# Bremer Montagsdemo

## 2024

Grundsätze

*Januar: 757.*

*Februar: 758.*

*März: 759.*

*April: 760.*

*Mai: 761.*

*Juni: 762.*

*Juli: 763.*

*Dezember: 767.*

Kontakt

# Bremer Montagsdemo

## Grundsätze

1. Die Montagsdemonstration ist eine **überparteiliche Aktion** der Bevölkerung und trägt entstehende Kosten aus deren Spenden. Die Gelder werden ordentlich verwaltet. Es gibt eine regelmäßige Kassenprüfung.
2. Alle Teilnehmer(innen) haben das Recht auf Vertretung ihrer Standpunkte. Zur Diskussion steht ihnen das **Offene Mikrofon** zur Verfügung. Damit viele Menschen zu Wort kommen, sollen Redebeiträge nicht länger als drei Minuten dauern.
3. Alle Teilnehmer(innen) sollen einen Beitrag für das **gemeinsame Anliegen** leisten, also ihre Diskussion gleichberechtigt, solidarisch und sachlich führen. Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab: Sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen!
4. Auf einem Vorbereitungstreffen wird eine **Koordinierungsgruppe** gewählt, deren Zusammensetzung die Montagsdemo repräsentiert und die für Einheit und Selbständigkeit der Bewegung eintritt. Diese Gruppe hat keine Weisungsbefugnis und muss sich spätestens nach einem Jahr zur Wahl stellen.
5. Die Koordinierungsgruppe fördert gegenseitige Hilfe im sozialen Netzwerk, pflegt Erfahrungsaustausch und unterstützt **gemeinsame Aktivitäten**. Sie arbeitet auch mit Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen sowie der bundesweiten Koordinierungsgruppe zusammen.
6. Die Koordinierungsgruppe organisiert **Vorbereitungstreffen** der Montagsdemo und schlägt Themenschwerpunkte vor. Sie ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig und betreibt eine eigenständige Homepage für die Bremer Montagsdemo.
7. Die Moderatoren nehmen **Manuskripte** gehaltener Reden zur Veröffentlichung im Internet entgegen. Erbeten wird Maschinenschrift; außerdem Angabe von Datum, Name, (Email-)Adresse, Parteizugehörigkeit; weiterhin Genehmigung redaktioneller Überarbeitung.

*Beschlossen am 14. Februar 2005 von den Teilnehmern*

*der 26. Bremer Montagsdemo*

# Bremer Montagsdemo

## Kurzvorstellung

Wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands findet in Bremen seit Mitte August 2004 jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz eine Demonstration gegen die Hartz-Gesetze statt. Sie hat in den ersten fünfzehn Wochen durchweg dreistellige Teilnehmerzahlen erreicht und wird von einem festen Kern „neuer Politiker“ entschlossen weitergeführt.

Denn Hartz IV heißt: Massenarmut und Zwangsarbeit! Die Regierung ist dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen! Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose produziert! Dagegen steht unser Schlachtruf: „Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!“

Auf der Montagsdemo gibt es ein „Offenes Mikrofon“, an dem jede Frau, jeder Mann und jede(r) Jugendliche, ob mit oder ohne Job, die eigene Meinung frei sagen kann. Nur für Neonazis gibt es kein Rederecht! Eingereichte Manuskripte werden auch im Internet dokumentiert.

Die Bremer Montagsdemo, anfangs vom „Bündnis gegen Sozialkahltschlag und Bildungsabbau“, seit Mitte Januar 2005 von der *Initiative Bremer Montagsdemo* organisiert, ist bundesweit vernetzt mit anderen Montagsdemos. Auf demokratischer Grundlage finden Aktionskonferenzen nach dem Delegiertenprinzip statt, auch eine Koordinierungsgruppe ist gebildet worden.

Die Montagsdemo ist überparteilich, und alle Entscheidungen treffen die Teilnehmer selbst. In unserer Bewegung sind bedeutsame Formen unmittelbarer Demokratie und solidarischer Streitkultur entstanden. Wir lassen uns nicht vor den Karren einer Partei spannen! Wir sehen politische Tätigkeit nicht mehr nur darin, am Wahltag ein Kreuzchen zu machen, sondern nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

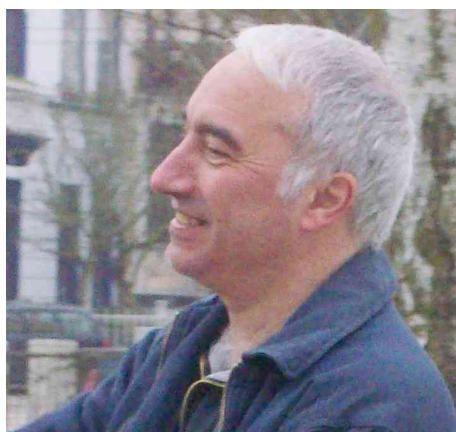
*Initiative Bremer Montagsdemo*

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 757. Bremer Montagsdemo

## am 08. 01. 2024

### Hochwasserlage in vielen Bundesländern immer noch bedrohlich



Zu Beginn der zweiten Januarwoche ist die Hochwasserlage in vielen Bundesländern immer noch bedrohlich – Deiche weichen auf und drohen zu brechen. Große Teile Borgfelds und Lilienthals sind überschwemmt. Ein Ende der Wassermassen ist noch nicht in Sicht. Unsere Gedanken sind bei allen betroffenen Menschen und den vielen selbstlosen Helferinnen und Helfern.

Die Situation war vorhersehbar: Sieht man sich allein die Niederschlagsmengen in Niedersachsen im Jahresvergleich an, so verdreifachte sich die Menge schon seit Oktober 2023. Nach der Ahrtal-Katastrophe 2021 versprach die Regierung, den Hochwasserschutz zu verstärken. Besonders wollten sie die Extremwetterforschung und Frühwarnungen intensivieren. Aber fast nichts ist passiert. Warum wurden die betroffenen Gemeinden nicht schon im November gewarnt und wurde mit der Verstärkung der Deiche begonnen? Ein weiterer Kritikpunkt: Die Flächenversiegelung in Deutschland steigt und steigt, nicht zuletzt aufgrund des Straßenbaus und der Verkehrspolitik für die Autokonzerne.

Dazu kommt, dass nach dem Sturm Zoltan über Deutschland eine Luftmassengrenze entstanden ist, die sich hartnäckig hält. Das hängt mit der begonnenen globalen Umweltkatastrophe zusammen. Wetterfronten halten sich deutlich länger aufgrund der schon vorhandenen Störungen der Jetwinde und der Meeresströmungen. Außerdem verlieren die Wälder in Deutschland ihre Wasserspeicherfunktion. Inzwischen besteht eine wiederaufzuforstende Waldfläche von 285.000 Hektar.

Diese kurze Analyse zeigt, dass wir einen gesellschaftsverändernden **Umweltkampf** brauchen mit einer Perspektive jenseits der kapitalistischen Profitwirtschaft. Jede(r) ist herausgefordert, sich aktiv für die Rettung der Menschheit einzusetzen. Um über Weg und Perspektive des Umweltkampfs breit zu diskutieren, findet am 20./21. April 2024 eine **Strategiekonferenz in Berlin** statt. Alle sind ein-

geladen, mitzufahren und sich an der **Vorbereitung** zu beteiligen: Das nächste Treffen findet statt am **28. Januar 2024** um **15 Uhr** im Gemeindezentrum **Zion**, Kornstraße 31.

*Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)*

## Vorsicht vor falschen Freunden!



Allen ein frohes, gesundes und kämpferisches Neues Jahr! – Allein bei den Bauernprotesten haben am Tag unserer Montagsdemo Zehntausende Bauern mit Demonstrationen und Blockaden gegen die Kürzungen bei Agrardiesel und Streichung der Steuerfreiheit für landwirtschaftliche Fahrzeuge protestiert. In Bremen haben über 2.000 Trecker die Autobahn A1 und ihre Auffahrten blockiert. Und sie haben Recht! Die Streichungen, auch wenn man jetzt die Besteuerungspläne auf drei Jahre strecken will, werden zu weiterem Höfesterben führen – und in der

Konsequenz zu noch mehr Großagrarindustrie und höheren Verbraucherpreisen.

Die Monopole, die Rüstungsindustrie bekommen Riesen-Subventionen. Über zwölf Milliarden Euro betrugen die Rüstungsexporte letztes Jahr. Saudi-Arabien bekommt Eurofighter, um Krieg im Jemen zu führen – wobei sich wieder die „Grünen“ besonders hervortun. 100 Milliarden Euro „Sondervermögen“ werden für den Krieg in der Ukraine bereitgestellt, wobei beide Seiten, nicht nur Russland, auch Ukraine reaktionäre, faschistoide Regimes haben.

Die Scholz/Habeck/Lindner-Regierung will alle Lasten auf die breiten Massen abwälzen: auf die Arbeiter, auf die Erwerbslosen, auf Klein- und Mittelbauern. Das bisschen Anhebung vom Bürgergeld will sie streichen, Sanktionen verstärkt wieder einführen. Dazu die Hetze gegen Flüchtlinge. Aber Vorsicht vor falschen Freunden! CDU und AfD fordern Neuwahlen und spielen sich als Interessenvertreter der Bauern auf. Eine Kampagne von „Bild“-Zeitung, AfD, CDU, „Querdenkern“ und anderen Ultrarechten will, dass eine noch offener reaktionäre Regierung drankommt. Doch im Bundestags-Rechnungsprüfungsausschuss hat die AfD für den Wegfall der Steuererleichterungen für die Bauern gestimmt!

Die AfD ist nicht nur Wegbereiterin des Faschismus, sondern auch der radikalen Abkehr von Umweltrettung und für die Umverteilung zugunsten der Konzerne. Statt Bürgergeld fordert sie Arbeitsdienst. Mit der CDU und erst recht der AfD kämen die Bauern vom Regen in die Traufe! Ein Zusammenschluss von unten tut Not, aber auf keinen Fall mit Rechten oder gar Faschisten! Protest ist links! Für einen gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse und der kleinen und mittleren Bau-

ern! Gegen die Abwälzung der Krisen- und Kriegslasten! Kampf für die sozialen Errungenschaften und für Umweltschutz auf Kosten der Profite!

Für eine grundsätzliche Lösung steht der echte **Sozialismus**. Dafür findet am **Sonntag, dem 14. Januar 2024**, in **Berlin** die traditionelle **Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Demo** statt. Das ist die größte Demonstration für den Sozialismus in ganz Europa. Wer mitfahren will, kann sich gern bei mir melden!

*Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)*

## Die „Ampel“ ist an allem schuld



Hier nun meine verspätete Halbzeitbilanz. Die „Ampel“ ist in die Ukraine einmarschiert, hat die Gaslieferungen eingestellt und „Nordstream“ gesprengt. Wegen der „Ampel“ ist unsere Bundeswehr nahezu verteidigungsunfähig. Die „Ampel“ ist schuld an den Teuerungen und der Inflation. Die „Ampel“ hat nicht *eine* Wohnung gebaut. Die „Ampel“ hat die Schuldenbremse 2009 in die Verfassung aufgenommen und ist somit schuld daran, dass Geld nicht mehr von einem Topf in den anderen wandern kann. Anhand der Buhrufe beim Besuch des Kanzlers in den Hochwassergebieten ist ersichtlich, dass die „Ampel“ auch schuld an der Überschwemmung hat.

Nun gut. Ich wünsche mir zwar auch eine bessere Regierung mit Leuten von Weltformat und besserer Kompetenz, jedoch sollten wir die Kirche im Dorf lassen. Wie ist Olaf Scholz eigentlich Kanzler geworden? Durch Nichtstun. Durch Patzer und Fettnäpfchen der Gegenkandidatin und des Gegenkandidaten. Annalena hat gebarbockt. Laschet hat zur falschen Zeit am falschen Ort gelacht. Das kostete sie stimmen, und der laffe Olaf war am Start. Ich muss den „Ampelanern“ jedoch zugute halten, dass sie die hehren Sozial- und Klimaversprechen ihres Wahlkampfes, so gut es anhand der Stimmenverhältnisse und der Krisensituationen ging, wenigstens versucht haben einzuhalten.

Ohne die Mindestloohnerhöhung auf zwölf Euro und das höhere Wohngeld hätten viele Geringverdiener die Teuerungen nicht halbwegs auffangen oder gar aushalten können. Durch den Ausbau der LNG-Gaslieferungen konnten letzten Winter die Gasspeicher gefüllt werden. Das ist zwar klimatechnisch eine Katastrophe, da die Kohlendioxidbilanz des LNG-Gases höher ausfällt als die von Kohleverbrennung. Dafür hatten wir es im Winter schön warm. Damit wir es weiter-

hin schön warm haben, hätte Habeck in Katar dem Prinzen beinahe einen *B\*\*\*j\*b* verabreicht. Ein Eindruck, der sicherlich nicht zutrifft; jedoch hat der gute Robert den Diener nicht für sich gemacht, sondern für uns.

Die Preisbremsen für Strom und Gas waren handwerklich in der Ausführung eine Katastrophe und spätestens in der zweiten Jahreshälfte 2023 nicht mehr nötig, da die Kilowattstundenpreise der meisten Anbieter auf den freien Märkten unter die Referenzwerte der Preisbremse gefallen waren. Auch wenn Annalena Baerbock als Außenministerin in Länder gereist ist, die Hunderttausende Kilometer entfernt sind, in der Mission, mit Kriegserklärungen Europa gemeinsam zu verenden, und das 560 Tage im Jahr, würde ich mir schon wünschen, in ihr eine Außenpolitikerin von Weltformat zu sehen. Dafür müsste sie sich jedoch um 180 Grad drehen und nicht um 360.

Hinzu kommt noch, dass ausgerechnet mit der Porsche-Partei sozialer Ausgleich und Klimaziele erreicht werden sollen. Mit dem Ausbau von Autobahnen und der Vernachlässigung der Schiene durch den Verkehrsminister? Ich will mir jedoch nicht ausmalen, wie dumm wir aus der Wäsche schauen würden, wäre Laschet Kanzler geworden, oder wenn Friedrich Merz Kanzler wäre. Ach, du meine Güte! Keine Mindestloohnerhöhung, kein Wohngeld, keine Preisbremsen. Keine Erhöhung von Sozialleistungen. Da will uns Merz die Freiheit erhalten, mit Gas zu heizen, ohne zu erklären, woher das Gas dafür herkommen soll. Sicherlich wird er persönlich hinabtauchen, um „Nordstream“ zu reparieren und anschließend auf russischer Seite den Gashahn aufdrehen.

Rückkehr zur Kernkraft? Woher will Merz das spaltbare Material hernehmen, dessen Ressourcen ja auch begrenzt sind? Die Quittung für die Rohstoffabhängigkeiten haben wir mit den Zockereien auf den Märkten ja bekommen. Sollen wirklich die alten Diskussionen um Risiken und Endlagerung wieder aufgenommen werden? Bisher hatten wir unverschämtes Glück, dass die GAUs nicht in unserer unmittelbaren Nachbarschaft passiert sind. Harrisburg, Tschernobyl, Fukushima waren relativ weit entfernte Katastrophen. Nicht auszudenken, wenn ein GAU in unmittelbarer Nachbarschaft, beispielsweise in Frankreich passiert. Frankreich schaltet übrigens jeden Sommer reihenweise Atomkraftwerke ab, wegen der Niedrigstände der Flüsse, die die Meiler nicht hinreichend kühlen.

Jens Spahn kam kürzlich auf die Idee, die Möglichkeit zu schaffen, das Bürgergeld ganz zu streichen. Da er aber einsah, dass dies auf verfassungsrechtliche Hürden stößt, strebt er eine Grundgesetzänderung an. Zu einer Zweidrittelmehrheit kann der CDU/CSU dabei nur die AfD verhelfen. Ganz perfide mal wieder Markus Söder, der um die Weihnachtszeit an einer Spendengala für notleidende Kinder teilnahm, obwohl er seine eigene Tochter nicht wollte und Gegner der Kindergrundsicherung ist. Also nein. Eine Kanzlerschaft mit Friedrich Merz würde für uns alle als „Iden des Merz“ in die Geschichte eingehen.

Merz würde jetzt nicht bei den Landwirten Einschnitte vornehmen, sondern bei Rentnern, Schulen, Wohnungsbau, Mindestlohn, Wohngeld, und das Bürgergeld abschaffen, mit der AfD koalieren, um zur Ruhigstellung von Besitzstandsängsten

der Restmittelschicht Abschiebeorgien zu veranstalten und die Höchststeuersätze zu senken. Die Notwendigkeiten zur Transformation mit sozialem Ausgleich sind nun mal erwiesenermaßen gegeben. Friedrich Merz mit der AfD wäre der Letzte, der dieser Notwendigkeit nachkäme.

Der Weg zur Klimaneutralität ist auch der Weg, sich nach und nach von Rohstoffabhängigkeiten zu lösen. Es scheint dringend erforderlich, dass eine Regierung von Format und Kompetenz die Notwendigkeiten vermittelt, einen mehrheitlichen gesellschaftlichen Konsens zur Transformation zu schaffen, bevor dilettantische Gesetze übergebügelt werden. Außerdem sollte der Unsinn der Schuldenbremse aus der Verfassung verschwinden. Voraussichtlich wird Bremen im Jahre 2050 unter dem Meeresspiegel liegen, und ich möchte hier nicht unter Wahrung der Schuldenbremse absaufen.

*Frank Kleinschmidt (parteilos)*

## Bremer Montagsdemo zum Gazakrieg



Lieber Gerolf, zunächst wünsche ich dir ein gutes und erfolgreiches neues Jahr! Vielen Dank für deinen kritischen Brief vom 12. November 2023. Leider hatten es die Verantwortlichen bis heute versäumt, ihn zu beantworten. Du wirfst aber wichtige Fragen auf, und zudem ist es ein Prinzip für uns, dass wir umgehend, spätestens binnen vier Wochen antworten. Wir werden das bei uns noch einmal kritisch diskutieren.

Ich stimme dir zu, wenn du dich gegen Faschisten in der israelischen Regierung, aber auch klar gegen die faschistische Hamas positionierst.

Ich stimme dir nicht zu, wenn du der Meinung bist, dass der Krieg Israels in Gaza ein gerechter Krieg, ein antifaschistischer Verteidigungskrieg ist. Dazu muss man den konkreten Charakter eines Krieges untersuchen und kann nicht über die Tatsache hinweggehen, dass Israel schon länger ein imperialistisches Land ist. Das zionistische, imperialistische Israel hält große Teile Palästinas völkerrechtswidrig besetzt. Es führt einen völkerrechtswidrigen Krieg in Gaza. Dabei wird zunehmend zum Völkermord übergegangen, mindestens 1,8 Millionen Menschen wurden vertrieben, über 20.000 getötet, davon der große Teil Zivilisten.

Israel hatte in der Vergangenheit mehrfach mit der faschistischen Hamas kooperiert. Die israelische Regierung hat keine Probleme in der Zusammenarbeit mit Faschisten, wenn das ihren zionistischen Zielen dient.

Das faschistische Massaker der Hamas am 7. Oktober war auch nicht die Ursache des israelischen Einfalls in Gaza, sondern der Anlass. Die zionistische Regierung in Israel verfolgt schon lange das Konzept eines Großisraels und will seine Vormachtstellung im Nahen Osten ausbauen. Darauf zielt die israelische Aggression ab.

Die israelische Regierung ist auch keine antifaschistische Regierung. Sie ist eine ultrareaktionäre, faschistoide Regierung, mit einem erheblichen Anteil an Faschisten. Gegenüber den Palästinensern greift diese Regierung auch zu faschistischen Maßnahmen, mit willkürlichen Festnahmen, weitgehender Rechtlosigkeit und meist straflosem Terror. Die Netanjahu-Regierung kämpft doch nicht ernsthaft für den Erhalt „des bürgerlich-demokratischen Rechtsstaat“. Sie musste gerade vom Obersten Gericht Israels in die Schranken gewiesen werden. In Israel gab es doch breiteste Massenproteste mit antifaschistischen Losungen.

Stalin führte die sozialistische Sowjetunion im Kampf gegen den Hitler-Faschismus. Die Netanjahu-Regierung führt das imperialistische Israel in einen blutigen Krieg gegen die Palästinenser. Das sind zwei grundsätzlich unterschiedliche Dinge.

Wir vertreten auch keinen kleinbürgerlich-pazifistischen Standpunkt. So haben die israelischen Volksmassen natürlich das Recht, sich gegen einen faschistischen Überfall zu wehren, genauso wie die Palästinenser das Recht haben, bewaffnet um ihre Befreiung zu kämpfen. Ich bin deshalb auch dagegen, dass das Gewaltmonopol ausgerechnet beim zionistischen israelischen Staat liegen soll. Mit herzlichen Grüßen, dein Peter.

*Zuschrift von Peter Weispenning (Zentralkomitee der MLPD)*

Mit der Verkürzung „Stalin führte die sozialistische Sowjetunion im Kampf gegen den Hitler-Faschismus; die Netanjahu-Regierung führt das imperialistische Israel in einen blutigen Krieg gegen die Palästinenser“ wird Netanjahu indirekt zu einem Angriffskrieger wie Hitler oder Putin erklärt. Das ist er aber nicht. Dem aktuellen Krieg unmittelbar vorausgegangen ist schließlich ein von der Führung eines staatsähnlichen Gebildes, des Gaza-Streifens, befohlener Terroranschlag auf israelisches Gebiet, der in seiner entsetzlichen Menschenfeindlichkeit als faschistisch bezeichnet werden muss, gefolgt von wochenlangem Raketenbeschuss aus Gaza. Netanjahu ist Anführer der Opferseite, die, wie du doch richtig andeutest, das Recht zur Selbstverteidigung hat.

*Gerolf D. Brettschneider (parteilos, Webmaster Bremer Montagsdemo)*

Ich möchte mich hier ganz deutlich von Herrn Peter Weispenning's Beitrag auf dieser Seite distanzieren. In Frankfurt wurde eine Palästina-Aktivistin verhaftet wegen möglicherweise volksverhetzender Äußerungen, Verharmlosung, Leugnung des Genozids: „gelungene Widerstandsaktion, bewaffneter Widerstand“.

Der Judenhass verbirgt sich kodiert hinter einem Antizionismus, wobei der Zionismus in seinen Grundsätzen zunächst einmal schlicht die Errichtung und nunmehr Erhaltung eines oder des Judenstaates anstrebt. Wie das Leben nun mal ist und die Menschen nun mal sind, besteht der Zionismus aus vielerlei politischen und religiösen Strömungen, von links, links-liberal über konservativ, konservativ rechts bis faschistoid und fundamentalreligiös.

Die Ermordung von Babys, Kindern, Vergewaltigungen und Abschachtung von Zivilisten und Raketenangriffe, die zum Großteil im Gazastreifen einschlugen, kann doch nicht als „Befreiungskampf“ gewertet werden. Wo sieht Peter Weispenning im Judenhass der Hamas einen Befreiungskampf wie vergleichsweise auf Kuba oder im Spanischen Bürgerkrieg?

Zum historischen Hintergrund mögen hier Videos von Dr. Peter Buwen beitragen. Er ist promovierter Historiker und für „Die Linke“ im Stadtrat Saarbrücken und steckt als Historiker tief in der Materie Palästina-Israel. In Gaza lebten übrigens überwiegend Juden, die im Jahre 1929 durch Pogrome von der arabischen Bevölkerung vertrieben wurden.

Die Behauptung, dass „Israel in der Vergangenheit mehrfach mit der faschistischen Hamas kooperierte“, habe ich bis jetzt noch nicht recherchiert. Es wäre aber gut, Herrn Weispenning daran zu erinnern, dass Stalin durch den Hitler-Stalin-Pakt mit NS-Deutschland kooperiert hat und England sich während des Zweiten Weltkrieges lange Zeit allein gegen NS-Deutschland zur Wehr setzte, während der Hitler-Stalin-Pakt noch Bestand hatte.

Bei 1,2 Millionen Arabisch sprechenden Muslimen, die als Staatsbürger Israels leben, wäre eine „imperialistische“ Einverleibung der Westbank prinzipiell gar nicht so tragisch, zumal der ursprüngliche Plan während des britischen Protektorates diese Gebiete für Juden vorsah. Israel wäre dann immer noch ein Fliegenschiss auf der Landkarte und kein Imperium.

Auf Weltkarten würde der vollständige Landesname immer noch nicht passen, sondern nur „Isr.“ (frei nach Kishon). Dann könnten die „imperialistischen“ Geldflüsse aus USA und EU in die palästinensische Autonomie beendet werden.

*Frank Kleinschmidt (parteilos)*

„Geheimplan gegen Deutschland“: Auch 50.000 Bremer(innen) demonstrieren gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus („Correctiv“)

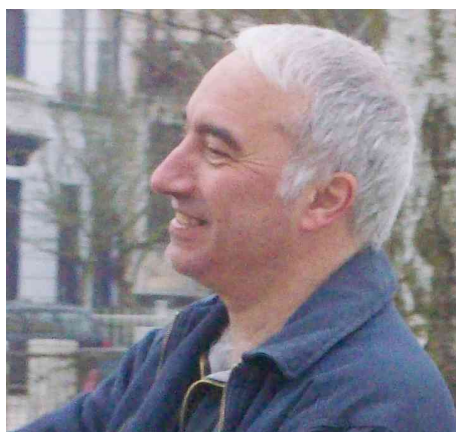
Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **5. Februar 2024** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 758. Bremer Montagsdemo

am 05. 02. 2024

## AfD leugnet und beschleunigt globale Umweltkatastrophe



Faschisten der AfD sind nicht nur Feinde der Arbeiterbewegung und der Mehrheit der Bevölkerung, sie sind auch Feinde der Natur und der Umweltbewegung. Die AfD behauptet: „Es gibt keinen wissenschaftlichen Beweis für einen maßgeblichen Einfluss auf das Weltklima durch vom Menschen verursachte Kohlendioxid-Emissionen“ (Bundestagsdrucksache 20/8417).

Natürlich gab und gibt es Schwankungen des Klimas, die sich über Millionen Jahre entwickelt haben. Aber die heutige Erwärmung der Erde geht eindeutig auf den Einfluss der kapitalistischen Produktionsweise zurück. Kohlendioxid ist ein Gas, das wie eine Käseglocke dafür sorgt, dass die Wärme durch die Sonneneinstrahlung nicht sofort wieder ins All abgestrahlt wird. Dieses Gas steigt stark an, weil das in fossilen Brennstoffen (Kohle, Erdöl, Erdgas) gebundene Kohlendioxid durch die Verbrennung freigesetzt wird. Deshalb nehmen Waldbrände und Dürren massiv zu, schmelzen die Polkappen, tauen die Permafrostböden unaufhaltsam auf und werden die Lebensgrundlagen der Menschheit zerstört.

Die AfD leugnet die Umweltkatastrophe und fordert die „Aufkündigung aller internationalen Klimavereinbarungen“. Warum wohl? Weil das – ohne Rücksicht auf Mensch und Natur – den Profit für die Kapitalisten sprunghaft erhöht. Die AfD vertritt besonders die Interessen der Kohle-, Öl- und Kernkraftkonzerne und bekämpft jeden ernsthaften Umweltschutz. Sie fordert den Ausbau der Atomkraft und der fossilen Energien. Die AfD beschimpft Umweltkämpfer als „Öko-Faschisten“, propagiert „Ein Herz für Diesel“ und verteidigt die Abgas-Verbrecher-Konzerne wie VW, Daimler oder Audi.

Deshalb muss der Umweltkampf auch Kampf gegen den Faschismus sein. Das Buch „Die globale Umweltkatastrophe hat begonnen!“ ist das Gegenprogramm zu den wissenschaftsfeindlichen Leugnern der AfD – es ist ein sozia-

listisches Umweltbuch. Das Buch ermutigt, international für Sofort- und Schutzmaßnahmen gegen die globale Umweltkatastrophe gemeinsam zu kämpfen.

Die MLPD fordert im Sofortprogramm dieses Buches unter anderem: Sofortmaßnahmen zum vollständigen Ausstieg aus fossiler und anderer umweltschädlicher Energiegewinnung! Stilllegung aller Kraftwerke auf Grundlage fossiler Brennstoffe und Atomenergie! Sofortige Umstellung auf den Aus- und Umbau der Erzeugung erneuerbarer Energien!

Das Buch zeigt den Weg auf für die Entwicklung eines gesellschaftsverändernden Umweltkampfes zur Überwindung des Kapitalismus. Und es streitet für die einzige Perspektive der Menschheit – für vereinigte sozialistische Staaten der Welt, in denen die Einheit von Mensch und Natur oberste gesellschaftliche Priorität hat.

*Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)*

## Antifaschistisches Bewusstsein erwacht auf breiter Front



Liebe Bremerinnen und Bremer, liebe Besucher auf dem Marktplatz, herzlich Willkommen zur 758. Bremer Montagsdemo! Auch an diesem Wochenende waren wieder Hunderttausende gegen Faschismus und für ein AfD-Verbot auf der Straße; in Bremen gestern circa 25.000, am Samstag 300.000 in Berlin.

Seit „Correctiv“ aufgedeckt hat, dass es ein Treffen von AfD, „Identitären“, anderen Faschisten und CDU-Mitgliedern gab, auf dem sie die Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland planten, reißen die antifaschistischen Großdemonstrationen nicht ab. Etwa zwei Millionen beteiligten sich in den letzten Wochen. Das ist gut so!

Auch wenn Regierungspolitiker sich teilweise daran beteiligen, ist das noch lange keine Demonstration für die Regierung, im Gegenteil. Es geht auch nicht allein um „Ausländer“ oder „Migration“. Ich zitiere jetzt aus der Rede von Stefan Engel, dem langjährigen Vorsitzenden der MLPD, am 27. Januar:

„Dieses Thema ist nur eine der üblen Methoden der Faschisten, um eine mögliche Massenbasis aufzubauen, Stimmungen zu schüren und massenhafte Abschiebungen vorzubereiten. Eigentlich geht es um die Gesamtheit der demokratischen Rechte und Freiheiten, um eine andere Art und Weise zu regieren. Es wäre eine gefährliche Unterschätzung des Fa-

schismus, wenn wir ihn nur in seiner brutalsten Form des Hitlerfaschismus ansehen. Der Faschismus hat heute viele Gesichter.

Faschismus ist die äußerste Form der Diktatur der Monopole in dieser kapitalistischen Gesellschaft zur Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung, zur Unterdrückung der Demokratie und inzwischen auch zur Unterdrückung des Umweltschutzes und der Umweltschützer.

Die Tendenz zum Faschismus hat einen internationalen Charakter. Es geht schon los mit dem heute obersten Faschisten auf der Welt, Donald Trump. Er versucht inzwischen ein zweites Mal, an die Regierung zu kommen. Wir erleben Putin, auch er ist ein Faschist. Auch Selenskyj ist ein Freund der Faschisten in der Ukraine. Er hat die ukrainischen Faschisten, die Asow-Truppe, in seine Armee aufgenommen, nachdem er ihr Verbot aufgehoben hat.

Wir dürfen nicht übersehen und geringschätzen, wo überall bereits der Faschismus in die Regierung eingezogen ist; auch mitten in der EU – in Ungarn mit Orbán, in Italien mit Meloni. Die Türkei ist ein faschistisches Land. Wir haben neuimperialistische Länder wie Saudi-Arabien, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate, Iran, die alle mit einem islamistisch verbrämten Faschismus das Volk unterdrücken, kaum demokratische Rechte und Freiheiten zulassen, die Arbeiterbewegung unterdrücken, Gewerkschaften verbieten, Homosexualität unter strenge Strafen stellen und so weiter.

Die weltweite Dimension der Gefahr des Faschismus macht es notwendig, dass sich die Arbeiterbewegung international gegen Faschismus, Krieg und die fortschreitende weltweite Umweltzerstörung zusammenschließt.

Woher kommt diese faschistische Tendenz? Das hat etwas mit der Krise der Neuorganisation der internationalen Produktion zu tun. In den 1990er Jahren haben die Herrschenden in aller Welt gejubelt: ‚Wir privatisieren, wir entstaatlichen alles!‘ Dann haben sie länderübergreifende Investitionen getätigt; das gab zeitweise einen richtigen Schub in ihrer Entwicklung. Im Ergebnis kam es zu einer Internationalisierung der kapitalistischen Produktionsweise unter dem Diktat einer kleinen Gruppe von internationalen Monopolen, die die ganze Welt beherrschen.

Dabei sind auch aus einigen Ländern, die bisher zu den neokolonial ausgebeuteten und unterdrückten Ländern gehörten, neuimperialistische Länder entstanden, so zum Beispiel die Türkei oder Indien, China, Südafrika, Brasilien, auch Saudi-Arabien. Diese Länder haben gegenüber den bürgerlich-demokratisch regierten Ländern den Vorteil, dass sie ihre Entscheidungen sehr schnell treffen können. Sie brauchen kein Parlament, denn die Entscheidungen treffen dann irgendein autokratischer oder faschistischer Führer und der enge Kreis der herrschenden Clique per Dekret.

Jetzt ist in Argentinien der Faschist Milei Präsident geworden, der erst einmal das Parlament auflösen und nur noch mit Dekreten regieren will. Über 300 Gesetze der Sozialgesetzgebung und Arbeiterrechte will er sofort außer Kraft setzen. Auch dagegen sind jetzt Millionen auf der Straße.

Wir haben eine Situation der akuten Verschärfung durch die Kriegsgefahr, den Faschismus, und wir haben eine globale Umweltkatastrophe, die sich immer mehr auszudehnen beginnt. In dieser Situation ist es sehr wichtig, dass die Arbeiterbewegung ihre Rolle spielt, dass sie sich zusammenschließt, dass sie parteipolitische Differenzen beiseite schiebt, denn der Faschismus muss führend durch die Arbeiterbewegung bekämpft werden.

Ich begrüße es, wenn in Köln diskutiert wird, in allen Betrieben und darüber hinaus am 21. März 2024 einen viertelstündigen Warnstreik gegen die Gefahr des Faschismus und die AfD durchzuführen. Das sind die richtigen Maßnahmen. Wir dürfen nicht nur demonstrieren, sondern wir müssen die Sache sehr ernst nehmen und höhere Kampfformen entwickeln. Es reicht nicht, nur um ein paar Prozente mehr Lohn zu streiten. Wir müssen entschieden um die demokratischen Rechte und Freiheiten kämpfen.

Ich begrüße diese sprunghafte Entwicklung der antifaschistischen Demonstrationen. Ich bin der festen Überzeugung, wir stehen hier am Anfang einer Entwicklung, in der das antifaschistische Bewusstsein wieder auf breiter Front erwacht und sich entwickelt.

Das antifaschistische Bewusstsein war in der ganzen Nachkriegsgeschichte tief im Bewusstsein der deutschen Bevölkerung verankert, aber in den letzten Jahren eher verschüttet. Jetzt bricht es wieder hervor, und wir werden die größte antifaschistische Bewegung der Nachkriegsgeschichte erleben. Sie wird noch stärker werden als Anfang der 1990er Jahre, weil sie mit einer seit dem Zweiten Weltkrieg nie da gewesenen Unzufriedenheit mit der Regierung, den bürgerlichen Parteien und des bürgerlichen Parlamentarismus einhergeht.

Damals gab es auch so einen Aufschwung, da waren – allerdings in einem deutlich längeren Zeitraum – 7,5 Millionen Menschen auf der Straße. In der heutigen Situation werden wir noch mehr als damals werden! Diese politische Massenbewegung wird auch allgemein eine positive Auswirkung auf das Klassenbewusstsein der Arbeiterklasse haben. Deshalb ist es unsere Pflicht, mit unserer sozialistischen Überzeugung an dieser Bewegung aktiv teilzunehmen und dabei nicht zuzulassen, dass der antikommunistische bürgerliche Antifaschismus diese Bewegung dominiert.“

Soweit Stefan Engel. Gestern war auch das alljährliche Rätegedenken auf dem Waller Friedhof, wo wir der mutigen Kämpfer für den Sozialismus gedachten, die

bei der Verteidigung der Bremer Räterepublik, des ersten sozialistischen Staates in Bremen, ihr Leben ließen, als sie auf Befehl der SPD-geführten Reichsregierung mithilfe faschistischer Freikorps zusammengeschossen wurden.

Die Lehren daraus sind die Bildung einer proletarischen Einheitsfront gegen den Faschismus, der Sturz des Kapitalismus und der Kampf für den Aufbau des echten Sozialismus – weltweit! „Euer Kampf für den Sozialismus ist uns Verpflichtung“ stand auf der Schleife des Gestecks von MLPD und „Rebell“. Das meine ich auch ganz persönlich so.

*Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)*



An dem gewählten Redeauszug von Stefan gefällt mir, dass er eine Faschismusdefinition bringt und Putin klar als Faschist bezeichnet, sich also nicht mehr nur ein „sicherlich faschistoid“ abringt. Auf der anderen Seite wird Selenskyj hier nicht mehr als „selber Faschist“ abgestempelt, sondern nur noch als „Freund der Faschisten“ kritisiert. Das lese ich als zulässige Polemik, die sich der Gute wohl anhören muss, wenn er es für geboten hält, die Asow-Kämpfer beruflich einzugliedern, um die bürgerliche Gesellschaft zu befrieden, auch

wenn er damit eine Durchsetzung des Staatsapparates mit Faschisten fördert – womöglich nach Vorbild der Bundesrepublik Deutschland, wo der Verfassungsschutz inzwischen seinen früheren Chef beobachten lässt, den Herrn Maaßen, der jetzt mit einer Partieneugründung die rechtsextreme Hetze verstärken will.

Der gewählte Redeauszug hat also nicht mehr das Gleichmacherische bei der Betrachtung der Gegner im Ukrainekrieg, das mich an früheren Aussagen der Marxisten-Leninisten so gestört hat, weil es einer Unterstützung der angegriffenen Seite unmittelbar im Weg steht, obwohl doch das Völkerrecht mit Stalins Unterschrift den Angriffskrieg verbietet. „Faschismus bedeutet Krieg!“, so brachte es Parteigründer Willi Dickhut auf den Punkt, und der Angriff zeigt, auf welcher Seite die menschenfeindliche faschistische Qualität stärker ausgeprägt ist. Rhetorisch geschickt ist es, eine zeitliche Zufälligkeit, das Gedenken an die niedergeschossenen Verteidiger der sozialistischen Bremer Räterepublik, zu nutzen, um der Analyse der doch sehr unerwartet aufgeflammt Massendemonstrationen gegen Faschismus weitere Tiefe und Wucht zu verleihen. Insgesamt eine starke Rede!

Mitverteidigt, und zwar erfolgreich, haben die Kämpfer für die Räterepublik den Gedanken der Selbstbestimmung, denn er lebt fort in den Rechten, die Bremen heute als Stadtstaat genießt. Die Einstufung der Freikorps der SPD-geführten Reichsregierung als faschistisch ist vermutlich unhistorisch, denn sie entspricht nicht dem zeitgenössischen Sprachgebrauch. Der Begriff Faschismus kam erst

einige Jahre später in Umlauf, nach Mussolinis Parteigründung in Italien. Sinngemäß halte ich diese Einstufung aber sehr wohl für treffend. Schon das deutsche Kaiserreich wies Merkmale auf, die man später als faschistisch bezeichnete, sichtbar im Terror gegen Minderheiten, im Betreiben eines Völkermordes im heutigen Namibia und im Führen eines Angriffskrieges mit weltweiten Auswirkungen und Millionen Toten.

*Gerolf D. Brettschneider (parteilos, Webmaster Bremer Montagsdemo)*

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **4. März 2024**  
wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

„Sehr schöne Schäferhunde“: Vergifteter russischer Oppositionsführer Nawalny stirbt in sibirischer Lagerhaft („*Raw Story*“)

Der Rechtsstaat schlägt zurück: Donald Trump zu 364 Millionen Dollar Schadensersatz wegen Betrug verurteilt („*The Daily Beast*“)

Florida verbietet Lügenpresse: „Aber wenn wir für das wissentliche Verbreiten von Unwahrheiten verklagt werden können, ist das der Tod der rechten Medien“ („*The Daily Beast*“)

Kirche verbietet Mahnwache: Bremer Friedensfreunde müssen drei Meter weiterziehen („*Tageszeitung*“)

Bundestag begnadigt Kriminalkräuter: Bester Aprilscherz seit Kohls Neujahrsansprache vom Vorjahr („*Tagesschau*“)

Kein Recht auf Gemütlichkeit: CDU-ler fordert Bürgerbezahlkarte statt Bürgergeld („*Bild*“)

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 759. Bremer Montagsdemo am 04. 03. 2024

Nur noch Gepolter und Gebrabbel: Donald Trump  
von allen guten Geistern verlassen („Salon“)

## Das israelische Regime ist zum Genozid an den Palästinensern übergegangen



Diesen Monat jährt sich zum 13. Mal der atomare Super-GAU in Fukushima. Auch wenn die Kernkraftwerke in Deutschland abgeschaltet sind, bestehen Atomfabriken wie die Brennelementefabrik in Lingen weiter, weil sie für den Bau von Atombomben gebraucht werden. Der Jahrestag von Fukushima hat deshalb auch viel mit der Gefahr eines atomaren Dritten Weltkriegs zu tun!

In der Ukraine sind bereits Hunderttausende, manche Quellen nennen eine halbe Million Menschen gestorben – für die imperialistischen Ziele der Herrschenden in Russland, der Ukraine und der Nato. Es sind nicht die Kinder der Oligarchen oder Kapitalisten, die sterben. Es sind die Arbeiter- und Bauernkinder! Alle Imperialisten sind zur Vorbereitung des Dritten Weltkriegs übergegangen. Macron fordert den Einsatz von Nato- Bodentruppen, da sich Russland sonst nicht besiegen lasse. Das bedeutet aber: Weltkrieg!

In Deutschland fordern vor allem die Grünen, die FDP und die CDU die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern. Damit könnten von der Ukraine aus auch Zeile weit im Inneren Russlands, etwa Moskau, getroffen werden. Scholz zögert noch, weil zur Programmierung (noch) deutsche Soldaten benötigt würden. Aber

dieses System wurde bereits auch an andere Staaten verkauft – deutsche Soldaten gleich mit?

Russland auf der einen Seite, die Nato mit den USA und Europa auf der anderen: Sie liefern das Material, während die Ukraine das Kanonenfutter stellt. Schluss mit dem Krieg! Keine Waffenlieferungen! Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Auch in Palästina geht das Gemetzel weiter. Inzwischen ist es ganz klar, dass das israelische Regime zum Genozid an den Palästinensern übergegangen ist: Es gibt bereits 38.000 Tote, davon über zwei Drittel Frauen und Kinder, Hunderttausende vom Hungertod bedroht! Als am letzten Donnerstag die Menschen in Gaza um Nahrung anstanden, schossen israelische Soldaten in die Menge. Mindestens 122 waren sofort tot, 760 verletzt. Sie hätten sich bedroht gefühlt, sollen die Soldaten ausgesagt haben.

Aber es sind die faschistischen Mitglieder der israelischen Regierung, die ganz offen von der endgültigen Vertreibung der Palästinenser sprechen und schon Pläne machen, wie sie Gaza selbst besiedeln wollen. Das fordert auch den Kampf jedes demokratisch gesinnten Israeli gegen die eigene Regierung heraus: Ein Volk, das andere unterdrückt, kann selbst nicht frei sein!

Für sofortigen Waffenstillstand! Für die Zwei-Staaten-Lösung in Palästina, als Übergangslösung für ein freies, geeintes Palästina/Israel, in dem Religion und ethnische Zugehörigkeit keine Rolle spielen. Das setzt allerdings die Überwindung des kapitalistischen Systems voraus, denn erst im echten Sozialismus wird sich dieses Ideal verwirklichen lassen.

Über vier Millionen Menschen gingen in den letzten Wochen in Deutschland gegen Rassismus, Faschismus und speziell gegen die AfD auf die Straßen. Für das Verbot der AfD! Für den **Tag gegen Rassismus am 21. März 2024** wird in hoffentlich vielen Betrieben ein **15-minütiger Warnstreik** gegen Faschismus, Rassismus und Krieg vorbereitet, nach dem Motto: Den Protest von der Straße in die Betriebe tragen!

Nicht nur der Antifaschismus befindet sich im Aufwind. Positiv ist auch, dass sich der Antikommunismus immer mehr in der Defensive befindet. So waren bei dem gemeinsamen Streik und der Demo von „Fridays For Future“ und „Verdi“ am letzten Freitag wesentlich mehr antikapitalistische Töne zu hören und entsprechende Plakate und Transparente. Der antikommunistische Versuch der Ausgrenzung der MLPD unter dem Vorwand „keine Parteien“ wurde nur noch vereinzelt und zaghaft gewagt und sofort zurückgewiesen. Letztes Jahr wurde ich, wie ihr wisst, von zehn Polizisten aus der Kundgebung gezerrt, weil ich mein MLPD-Plakat „Sozialismus statt Untergang in der globalen Umweltkatastrophe“ trug.

Wie der Kampf gegen die Zerstörung der Umwelt braucht auch der Kampf gegen die Vorbereitung eines Dritten Weltkriegs und gegen die Abwälzung der Krisenlasten einen gesellschaftsverändernden Charakter, um etwas bewegen zu können. Ich möchte euch ganz herzlich einladen zur **Lesegruppe** an jedem zweiten **Dienstag** (ungerade Wochen) im „**Roten Atelier**“ im „Kunz“, Sedanstraße 12

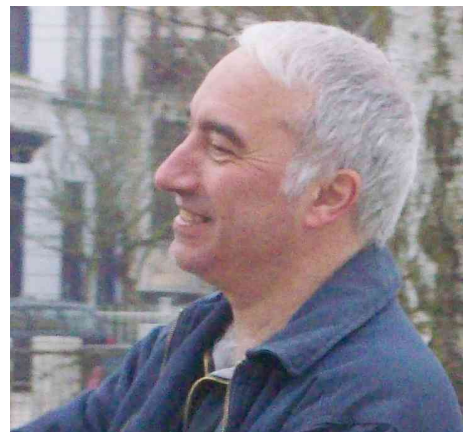
(diesen Monat also am 12. und 26.). Zurzeit lesen wir das Buch „Die globale **Umweltkatastrophe** hat begonnen!“.

Bei Daimler Bremen sind mehrere Hundert Entlassungen von Leiharbeitern geplant. Gleichzeitig sollen die Bänder noch schneller laufen: Um eine Sekunde soll die Taktzeit gekürzt werden. All das bei 16 Milliarden Euro Gewinn im letzten Jahr! Wie bei der Lufthansa, dem ÖPNV und der Bahn stehen auch hier die Zeichen auf Streik: Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will! Wir von der Montagsdemo stehen solidarisch auf eurer Seite!

*Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)*

## Ein Tsunami, 13 Jahre nach der Katastrophe von Fukushima

Wir gedenken der Opfer und fordern die weltweite Stilllegung aller Atomanlagen! In Fukushima ist die Katastrophe noch längst nicht vorbei: Seit dem 24. August 2023 verklappt Japan radioaktiv verseuchtes Wasser aus der Atomruine im Pazifik. Die geschmolzenen Brennstäbe müssen weiter gekühlt werden, Regen und Grundwasser dringen in die havarierten Reaktoren ein. Die Menge verstrahlten Wassers steigt dadurch immer weiter an. Eine Bergung der Reaktorkerne ist auf Jahrzehnte nicht in Sicht.



In Japan gab es im Januar 2024 ein erneutes Erdbeben mit einem Tsunami, der das Kernkraftwerk Shika beschädigt hat. Shika liegt nur 70 Kilometer Luftlinie von Fukushima entfernt. Es war nach der Katastrophe 2011 abgeschaltet worden, sollte aber demnächst wieder in Betrieb gehen. Das zeigt wieder einmal, wie rücksichtslos die Atomkonzerne ihre Profitinteressen durchsetzen wollen. Dieses Vorhaben ist nach Beschädigung des Kernkraftwerk Shika gestoppt. Auf dem Meer schwamm ein Teppich mit sechs Litern Öl aus dem Transformator von Block 2.

In der EU und weltweit erlebt die gefährliche Atomkraft eine Renaissance. Allein Frankreich will sechs neue Atomanlagen bauen. Auch in Deutschland verbreiten Politiker(innen) von Union, FDP und AfD ihre nuklearen Wahnvorstellungen – ganz so, als hätte es weder die Super-GAUs in Tschernobyl und Fukushima noch die vielen Störfälle und Beinahe-Katastrophen in europäischen Kernkraftwerk je gegeben.

In Deutschland wurde durch eine starke Anti-Kernkraft-Bewegung die Abschaltung (fast) aller Atomanlagen erkämpft. Allerdings hat in Lingen im Emsland der deutsche Atomausstieg nicht stattgefunden: Die dort ansässige Atomfabrik produziert weiter Brennelemente für ausländische Kernkraftwerke. Nun will sie ihre Produktion sogar noch ausbauen. Zusätzlich zu den bisherigen will sie künftig auch Brennelemente für Kernkraftwerke russischer Bauart fertigen – und zwar unter Beteiligung des russischen Staatskonzerns Rosatom. Dagegen entwickelt sich aktiver Widerstand.

*Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)*

Nikki Haley steigt aus US-Vorwahlkampf aus: Aber das ist nicht der Geist von Alamo („Tagesschau“)

## Good News, Bad News



Zuerst die gute Nachricht: Mark Benecke hat seine Vortragsreihe zum Klimawandel „Time is up“ mit einem aktuellen Update im März 2024 fortgesetzt. Darin enthalten sind jedoch jede Menge schlechter Nachrichten zur Verschlechterung der Lage.

Zu Beginn seines aktuellen Vortrages sieht er einen Lösungsansatz darin, die ganze Misere nicht auf die „Bad Guys“ aus Kapital und Industrie zu schieben, sondern sich selbst als Konsument an die eigene Nase zu fassen und das eigene Konsumverhalten zu ändern. Ich sehe darin nichts Verkehrtes. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass klimaschädliche Emissionen drastisch sinken,

wenn wir als Konsumenten weniger konsumieren. Jutta Ditfurth hingegen sieht Lösungsansätze vor allem systemkritisch in zu ändernde Produktionsweisen. Ich sehe keinen der Lösungsansätze als falsch an. Individuelles Handeln und Systemkritik sollten Hand in Hand gehen.

Im Krieg Israels gegen die Hamas ist die Lage und hohe Opferzahl der Zivilbevölkerung katastrophal. Vor allem arabische Nachbarstaaten – allen voran das benachbarte Ägypten als Unterzeichnerstaat der Genfer Flüchtlingskonvention – sollten Kriegsflüchtlingen Schutz gewähren. Fluchtmöglichkeiten sollten durch die israelischen Streitkräfte gewährleistet werden und die Weltgemeinschaft sich um die Versorgung kümmern, bis die kriegerische Auseinandersetzung beendet

ist. Hier vermisste ich ganz deutlich intensive diplomatische Aktivitäten der EU-Staaten oder ein Einwirken der UN auf Staaten, die auf ihren Territorien Schutz gewähren könnten, damit die Hamas die Zivilbevölkerung nicht mehr kriegsverbrecherisch als Schutzschild nutzen kann.

In diesen Zeiten sollten wir vielleicht Robert Byrons gedenken, jenes erbitterten Gegners der Appeasement-Politik, der ausrief: „Ich werde ‚Kriegstreiber‘ in meinem Pass eintragen lassen“, als er erkannte, was die Nazis vorhatten. Die Besorgnisse vieler Menschen hinsichtlich eines drohenden Weltkriegsszenarios sind für mich verständlich. Die Vermeidung einer Eskalation des Ukraine-Krieges auf weitere Staaten ist wegen der Unberechenbarkeit Putins ein unvorhersehbarer Drahtseilakt.

Die Bundeswehr hat jedoch lediglich für eine Woche Munition. Wenn die Wehrmacht derartig schlecht ausgestattet gewesen wäre, hätte der Zweite Weltkrieg nicht so lange gedauert. Bei all den Interviews, Erklärungen und Statements von Generälen in den Medien haben wir uns ja alle mittlerweile zu Stammtischstrategen qualifiziert. Bei den Schwurbelstrategen in den Netzen scheint die Auslösung eines Schwurbelalarms dringend ratsam.

*Frank Kleinschmidt (parteilos)*

„Blutbad“: Trump ist pleite („*The Daily Beast*“)

Hexenjagd beendet: Die unionsgeführten Länder haben die Kräuterverteufelung demaßen überzogen, dass sie nicht mal mehr einen Vermittlungsausschuss durchsetzen können („*N-TV*“)

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt wegen des Osterfestes erst am **8. April 2024** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 760. Bremer Montagsdemo am 08. 04. 2024



## Aufruf zur Umwelt-Strategiekonferenz

Die aktuelle Entwicklung mit der Häufung regionaler Umweltkatastrophen oder die höchste jeweils gemessene Durchschnittstemperatur 2023 unterstreicht, dass wir uns in einem Wettlauf mit der Zeit befinden. Vor allem sind mit dem Abtauen der

Permafrostböden oder dem Abschmelzen des Polareises Prozesse eingetreten, die sich selbständig verstärken und nicht mehr umkehrbar sind.

Das Umweltbewusstsein in der Bevölkerung wächst, aber die Lage wird oft noch unterschätzt. Lähmend, desorientierend und spaltend wirkt auch das dreiste Leugnen der Klimakrise durch ultrarechte Kräfte und faschistische Demagogen. Die neuen Entwicklungen erfordern, dass wir uns im gegenseitigen Respekt und auf Augenhöhe über den Weg und um die **Perspektiven des Umweltkampfs** auseinandersetzen. Wir wollen daher gemeinsam eine **Strategiekonferenz in Berlin** am Wochenende **20./21. April 2024** durchführen.

Alle Kräfte sind willkommen, die ernsthaft die globale Umweltkatastrophe bekämpfen wollen und sich als Gegenpol zur Regierungs- und Monopolpolitik sehen. Unser besonderes Profil ist die Förderung der Einheit von Arbeiter- und Umweltbewegung. Weder die Arbeiterbewegung noch Teile der Umweltbewegung isoliert können die notwendige starke Widerstandsbewegung, geschweige denn eine gesellschaftsverändernde Kraft entwickeln.



Die Folgen der Umweltzerstörung hat viele Gesichter – von steigendem Hunger und Armut über immer mehr Menschen, die in die Flucht getrieben werden, bis zu verstärkten Kriegen um Rohstoffe und Nahrungsmittel. Wir suchen den Zusammenschluss mit anderen gesellschaftlichen Bewegungen, sozialen Bewegungen, der Frauenbewegung, Jugendbewegung, Flüchtlingsbewegung und allen, die für die Rettung der Menschheit aktiv werden.

Wir wollen uns über gemeinsame Forderungen, Weg und Strategie der Umweltbewegung konstruktiv auseinandersetzen in unserer Vielfalt – von Gesellschaftsrat bis Sozialismus, von Gemeinwohl-Ökonomie bis Kreislaufwirtschaft. Dazu gibt es verschiedene Ansätze, wie aktiver Widerstand aussehen sollte: Besetzungsaktionen, ziviler Ungehorsam, Konsumboykott, betriebliche Streiks und anderes mehr. Welches Ausmaß hat die globale Umweltkatastrophe, inwieweit und wie können wir sie abmildern oder stoppen, muss dazu der Kapitalismus überwunden werden und wie?

Wir wollen dabei auch zu gemeinsamen Vereinbarungen, Forderungen und praktischen Aktivitäten kommen. Wir laden ausdrücklich internationale Umweltkämpferinnen und -kämpfer und Vertreterinnen und Vertreter der Arbeiterbewegung ein. Ein Kampf in Deutschland alleine kann nicht erfolgreich sein. Jede(r) kann mitfahren zur Strategiekonferenz. Der Teilnahmebeitrag beträgt zehn und ermäßigt fünf Euro. Ein Soli-Beitrag über zehn Euro wäre toll!

**Anmeldung und Rückfragen** über [umweltgewerkschaft-bremen\(at\)cloudmail.de](mailto:umweltgewerkschaft-bremen(at)cloudmail.de) oder bei Harald Braun (Telefon 01577-680 9796). Wer nicht mitfahren kann und mit einer Spende unterstützen möchte, bitte an Umweltgewerkschaft, IBAN: DE49 4306 0967 1199 5031 00, Stichwort: „Strategiekonferenz“. Und

auf der nächsten Montagsdemo werden wir von der Umwelt-Strategiekonferenz berichten!

*Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)*

„Bremer Friedensforum verliert an Glaubwürdigkeit“: „Auf dem diesjährigen Ostermarsch wurde der Aggressor Russland nicht angeprangert“  
(„Tageszeitung“)

„UNRWA ist institutionalisierter Antizionismus“: „Palästinenserhilfswerk hat räumlich wie auch in der Zielsetzung eine Überschneidung mit der Hamas“  
(„Spiegel“)

## Israel setzt Hunger als Waffe ein



1. Letzte Woche feierte die Nato ihren 75. Geburtstag. Von Anfang an war sie ein aggressiver Block mit klar antikommunistischer Ausrichtung gegen die damals noch sozialistische Sowjetunion. Diese entwickelte sich nach dem Verrat am Sozialismus 1956 und dem Aufstieg einer neuen bürokratisch-kapitalistischen Klasse schnell zu einer ebenfalls imperialistischen Supermacht in Konkurrenz zu USA und Nato.

1979 wurde der „Nato-Doppelbeschluss“ gefasst. Mit der Stationierung von atomar bestückten Mittelstreckenraketen, hauptsächlich in Deutschland, die in der Lage sein sollten, einen „Enthauptungsschlag“ gegen die Sowjetunion zu führen, entstand eine akute **Weltkriegsgefahr**. Eine gewaltige, über 35 Millionen Menschen umfassende Friedensbewegung erhob ihre Stimme dagegen. Auch in Deutschland gab es Demonstrationen, mit über 500.000 Teilnehmenden in Bonn.

Ende 1979 besetzte die Sowjetunion Afghanistan, die Welt war am Abgrund. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion beanspruchte das internationale Finanzkapital die uneingeschränkte Freiheit der Ausbeutung der ganzen Welt. Die US-Imperialisten bejubelten das „Ende der Geschichte“. Wer sich nicht unterjochen lassen wollte, wurde angegriffen. Unter Führung der USA wurden blutige Kriege gegen Irak, Somalia, Afghanistan und Jugoslawien geführt; an Letzterem beteiligte sich Deutschland unter der SPD-Grünen-Regierung aktiv. Jugoslawien wurde zerschlagen – ein Konkurrent weniger!

Heute entfaltet sich der internationale Kampf um die Weltherrschaft multipolar: Neue imperialistische Länder entstanden, Russland ist wieder erstarkt. Die Nato setzt immer aggressiver auf Expansion im Osten – und neuerdings mit Finnland und Schweden auch im Norden.

Derzeit ist die Ukraine Brennpunkt des zwischenimperialistischen Machtkampfs. In einem auf beiden Seiten ungerechten Krieg wurden Hunderttausende getötet. Die Massen sind kriegsmüde, die Menschheit war noch nie so nah am Abgrund des Dritten Weltkriegs. Verhindern wir den Dritten Weltkrieg durch die revolutionäre Überwindung des imperialistischen Weltsystems und durch den Aufbau der sozialistischen Staaten der Welt!

2. Der zweite derzeitige Brennpunkt ist Palästina. Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser, Hunger wird als Waffe eingesetzt. Eine Million Menschen hungern, Hunderttausende sind vom **Hungertod** bedroht. Völkerrechtswidrig wurden Krankenhäuser systematisch zerstört.

Vor Kurzem wurde ein Hilfskonvoi der „World Central Kitchen“ zusammengeschoßen, der mit Lebensmitteln unterwegs nach Gaza war. Es gab sieben Tote. Das war keinesfalls ein „Versehen“, sondern Teil des Plans der Ausrottung durch Hunger. Die Konsequenz, der Abzug der Hilfsorganisationen, war der ganz klare Zweck dieses Verbrechens! Baerbock und andere Regierungsvertreter heucheln Anteilnahme und faseln von Humanität.

Vor ein paar Wochen strich die Bundesregierung die Gelder für das Hilfswerk UNRWA nach der unbelegten Behauptung der israelischen Regierung, sieben Mitarbeiter arbeiteten für Hamas – was ohnehin schwierig ist, weil Hamas die Regierung in Gaza gestellt hatte. Das ist so, als würde man Hunderttausende Mitarbeiter des Roten Kreuzes entlassen und bekämpfen, weil sieben von ihnen kriminell sind.

Jetzt hat die deutsche Regierung nach internationalem Druck beschlossen, UNRWA wieder zu finanzieren, aber ausdrücklich ohne Hilfe für Gaza. Damit beteiligt sich die deutsche Regierung am Völkermord an den Palästinensern durch Aushungern! Die gesamte Fischfangflotte und die Netze der Fischer aus Gaza wurden zerstört, auch fast alle Krankenhäuser.

Der UN-Sonderberichterstatter erklärte: „Ich habe noch nie gesehen, dass eine Zivilbevölkerung so schnell und vollständig ausgehungert wird.“ Völlig zu Recht hat Nicaragua Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag angeklagt, wegen Unterstützung von Völkermord und Kriegsverbrechen. 33.000 Menschen wurden inzwischen in Gaza umgebracht, 73.000 verwundet. 8.000 haben Hepatitis, ohne Behandlungsmöglichkeit.

Sofortiges Ende des Völkermords durch Israel am palästinensischen Volk! Ende der deutschen Waffenlieferungen an Israel! Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel! Sofortige uneingeschränkte Wiederaufnahme der Zahlungen ans Flüchtlingshilfswerk UNRWA, insbesondere nach Gaza! Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf!

3. Nein zum geplanten **Sozialkahlschlag!** Finanzminister Lindner will drei Jahre lang die Renten nicht erhöhen, ein weitere Anhebung des Rentenalters von 67 auf 69 oder gar 70, eine Abschaffung der Rente mit 63; ein Einfrieren des „Bürgergeldes“ (Merz will es ganz abschaffen); keine Kindergeldgrundsicherung und dafür benötigte neue Stellen; dafür mehr als zwei Prozent vom Bruttosozialprodukt für die Rüstung – mindestens 88 Milliarden Euro jedes Jahr!

Gleichzeitig fordert er einen weiteren Abbau des Streikrechts. In Deutschland ist es ohnehin bloß kastriert und besteht nur für ökonomische Forderungen unter Führung einer Gewerkschaft und nach Ende der „Friedenspflicht“ in engem Rahmen. Das ist BDI-Chef Rußwurm aber noch viel zu viel. FDP-Lindner sowie CDU-Politiker stellen auch gleich willig seine Forderung nach weiterer Einschränkung des Streikrechts auf.

Beliebig soll zum Beispiel der Verhandlungsführer der Gewerkschaft zwangsausgetauscht werden können, wenn er, wie etwa Weselsky von der GDL, ein konsequenter Verhandlungsführer ist. Lindner fordert die Zwangsschlichtung, während derer nicht gestreikt werden darf, sowie ganze Bereiche wie Verkehr und Energie ganz unter Streikverbot zu stellen. So etwas gab es zuletzt im Hitlerfaschismus. Statt weiterem Abbau des Streikrechts: Für ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht!

Laut „Paritätischem Wohlfahrtsverband“ leben in Deutschland circa 17, in Bremen sogar über 29 Prozent der Menschen unter der Armutsgrenze. Die Profite aber sprudeln. Tun wir uns zusammen zur Rettung der Lebensgrundlagen der Menschheit: Arbeiter- Friedens- und Umweltbewegung gemeinsam – weltweit! Am **20. und 21. April 2024** findet dazu eine internationale **Strategiekonferenz** in **Berlin** statt.

Liebe Freunde und Genossen, wir machen von der MLPD und „Rebell Bremen“ am **1. Mai 2024** unsere **Maifeier**, zu der ich dich und euch herzlich einladen möchte! Beginn ist um **16 Uhr** im „Roten Atelier“ im „**Kunz**“, Sedanstraße 12 in der Neustadt. Es gibt dort eine Mairede, Kulturbeiträge und natürlich Essen und Trinken. Zum Buffet kann gerne noch etwas mitgebracht werden. Im Hof wird gegrillt. Davor machen wir, wie jedes Jahr, ab **10 Uhr** unseren **Infostand** auf dem **Domshof** und beteiligen uns an **Demonstration** und Kundgebung des DGB. Wer beim Aufbau unseres Standes helfen will, ist auch herzlich willkommen. Wir beginnen um 9 Uhr. Die Auftaktkundgebung ist um 10 Uhr auf dem Osterdeich in Höhe Stadion, die Abschlusskundgebung um 12 Uhr auf dem Domshof.

*Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)*

# „Free Palestine“ gleich „judenfrei“?



Ich habe mir keinerlei Illusionen darüber gemacht, dass Peter Buwens historische Ausführungen zum faschistischen und antisemitischen Ursprung des Palästinenserbegriffs in linken Kreisen Beachtung finden.

Auch während des diesjährigen Ostermarsches des „Bremer Friedensforums“ wurde wieder „Free Palestine“ geschrien, ohne eine Vorstellung davon zu haben, was das sein soll. Was also tun hinsichtlich argumentationsresistenter Schwurbler, die ihre Hass Tiraden immer wieder herausbrüllen?

Wenn der Staat Nicaragua einen Genozidvorwurf gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof erhebt, ist es das eine. Etwas

anderes ist es, wenn in Deutschland Palästinabewegte mit einem Genozidvorwurf hierzulande antisemitische Stimmung anheizen. Es bleibt dann wohl nichts anderes übrig, als genauso hartnäckig dagegenzuhalten. Na, dann fange ich mal wieder ganz von vorne an.

Nach der Zerschlagung der Aufstände in der römischen Provinz Judaea wurde das Gebiet von den Römern in Syria Palaestina umbenannt. Das ist die antike römisch-griechische Namensgebung. Im historischen Schnelldurchlauf sei kurz erwähnt, dass diese Gebiete anschließend von Arabern erobert wurden und dann im Endeffekt im Osmanischen Reich gelandet sind und ganz anders hießen. Nach dem Kollabieren des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg erinnerten sich die humanistisch gebildeten europäischen Kolonialherren der antiken Namensgebung und teilten die Gebiete in „Syrien“ für Frankreich und „Palästina“ für das Britische Empire auf.

Der UN-Staatsgründung Israels 1948 folgten sofort fünf Mal hintereinander Angriffskriege vereinigter arabischer Staaten, in deren Folge arabisch sprechende Muslime aus ihren Stätten geflüchtet sind, aber auch vertrieben wurden. Gleichfalls wurden mit der Staatsgründung Israels Juden aus muslimischen Staaten nach Israel vertrieben.

Nach den Ausführungen des Orientalisten Michael Lüders liegen die Schwerpunkte der Identifikation orientalischer Gesellschaften keinesfalls in nationalen Identitäten wie in Europa, sondern hauptsächlich in Stämmen, Clans, Familien und Konfessionen. Jetzt wurde den Menschen auf Grundlage faschistischer, antisemitischer Ideologien eine nationale Benennung kolonialer Prägung aufgedrückt. Man hätte sie genauso gut Hobbits aus dem Auenland nennen können. Ein solches Volk gab es vorher nicht. Der Zweck war jedoch kein anderer, als durch die-

sen „Stachel im Fleisch“ Israel zu zerschlagen und das Gebiet „judenfrei“ zu machen. Diese als Palästinenser bezeichneten Araber könnten heute genauso gut Staatsbürger Israels sein wie die anderen 1,2 Millionen Araber auf dem Territorium Israels.

Es ist für mich unverständlich, dass sich die Palästinabewegten nicht in die Lage Israels hineinversetzen können. Man stelle sich vor, die Bundesrepublik Deutschland wäre unmittelbar nach ihrer Gründung fünf Mal hintereinander von ihren Nachbarstaaten überfallen worden. Welches Verhältnis hätten wir bis heute zu ihnen? Wie würden wir reagieren, wenn einmal wöchentlich in einem Restaurant oder einer Polizeistation oder auf offener Straßenkreuzung in Kiel oder Flensburg von einem Fanatiker der dänischen Minderheit ein Bombenanschlag verübt werden würde?

Glücklicherweise sind wir andere Wege gegangen, die Wege der Versöhnung mit unseren Nachbarn Frankreich, Niederlande, Belgien, Dänemark. Besonders einprägsam war der Kniefall Willy Brandts in Warschau. Territorialansprüche sind mit Anerkennung von Oder und Neiße als Grenze zu Polen beseitigt.

Die gegenwärtigen bitteren Eskalationen im Gazakrieg sind das Ergebnis jahrzehntelanger rassistisch-ideologischer antisemitischer Gewalt gegen den Judenstaat, die ihren Höhepunkt im Massaker vom 7. Oktober 2023 fand. Den beherzten Verfechtern des Völkerrechts sei noch einmal dargelegt, dass die Völkerrechtsverletzung von der Hamas begangen wurde. Seitdem herrscht Kriegszustand, und das Kriegsvölkerrecht findet Anwendung, nicht mehr das Völkerrecht; und das Kriegsvölkerrecht ist grausam.

Die Kriegsvölkerrechtsverletzungen werden jedoch durch strategische Beschlagnahme von Krankenhäusern, Schulen und anderer ziviler Infrastruktur eindeutig von der Hamas begangen. Diese Infrastrukturen werden somit zu legitimen Kriegszielen – wie vergleichsweise ein Passagierschiff, das Waffen transportiert. Bewaffnete Hamas-Banden bilden mit Fahrzeugen Straßensperren, um Zivilisten an der Flucht zu hindern und dabei zu ermorden. Der Hamas ist jedes Mittel recht, um Märtyrer zu erzeugen. Solche bewaffneten Banden begehen Raubzüge, um Lebensmittel zu erbeuten.

Es gibt jede Menge Kritik wegen der Waffenlieferungen Deutschlands an Israel. Bei der Kritik würde ich jedoch die Waffenlieferungen Irans in den Gazastreifen zur Hamas nicht unerwähnt lassen. Ebenso kritikwürdig wäre die Finanzierung der Hamas durch Katar. Es wäre natürlich wünschenswert, wenn den unbedeutenden Zivilisten im Gazastreifen das Leid und die Todesopfer erspart geblieben wären. Ich mache wiederholt darauf aufmerksam, dass die arabischen Nachbarstaaten ihren Verpflichtungen aus der Genfer Flüchtlingskonvention nicht nachkommen und sich weigern, Kriegsflüchtlingen aus Gaza Schutz zu gewähren.

Ich bin aber auch der Meinung, dass Israel in diesem Stadium der Brutalität an der Zivilbevölkerung innehalten und die militärischen Aktivitäten wenigstens vorübergehend aussetzen sollte, um die Versorgung der Zivilbevölkerung forcieren zu können. Dies wäre ein Akt der Menschlichkeit. Letztendlich gibt es langfris-

tig keinen anderen Weg als Versöhnung. Mein Friedensplan für den Nahen Osten ist ganz simpel und in wenige Worte zu fassen: Benehmt euch wie Erwachsene, setzt euch zusammen, redet miteinander, einigt euch. Ein Versöhnungsprozess im Nahen Osten scheint jedoch in so weite Ferne gerückt, dass er – ganz im Sinne der Judenhasser – als illusorisch angesehen werden kann.

*Frank Kleinschmidt (parteilos)*

Bundeskräutersünderdatei: Und wenn Herr Merz Kanzler wird und die Uhren zurückdreht, weiß er gleich, wen er alles verhaften lassen kann  
(„Zerforschung“)

Kein Gras auf der Suff-Wiesn: „Nahezu groteske“ Doppelmoral im Gewande des Jugendschutzes („Bayerischer Rundfunk“)

Angedacht ist so 'ne Art Volksfest: Deutschland bekommt einen „Veteranentag“ in den Iden des Juni („N-TV“)

„Ich bin der Sturm“: Fotograf entschlüsselt versehentlich Trumps Selbstverständnis („Raw Story“)

Power-Pupser: Donald Trumps Anwälte leiden im Gerichtssaal unter seiner Flatulenz („The Daily Beast“)

Lustigste Werbeaktion aller Zeiten: Trumps Schlafattacken während der Verhandlung eröffnen Möglichkeiten für insolventen Kissenhersteller („Raw Story“)

Medienverschwörung zur Wahlbeeinflussung: „Wir veröffentlichen positive Geschichten über Trump und negative über seine Gegner“ („The Daily Beast“)

Ehrenamtliche Patientenberatung vor dem Aus: Miete und Sachkosten müssen von der Gesundheitssenatorin übernommen werden! (*Petition Bremische Bürgerschaft*)

Bewerbung muss sein: Wer kann ehrliches Interesse am Job bekunden, wenn das Jobcenter mit Sanktionen droht? („Gegen Hartz“)




Wir trauern um Uwe Jahn. Er war langjähriger Mitstreiter bei so:leb und der Bremer Montagsdemo. Das Foto zeigt ihn auf einer Demonstration gegen Castor-Atommüll-Transporte am 31. August 2009.

*Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt, der ist nicht tot, der ist nur fern; tot ist nur, wer vergessen wird.*  
Immanuel Kant

Nach kurzer schwerer Krankheit nehmen wir Abschied von

*Uwe Jahn*

\* 1. Januar 1957 † 20. März 2024

 **Konstantin Jahn und Katharina  
mit Frieda und Antonia  
Peter Jahn und Waltraud  
Björn Riemann**

Die Urnenbeisetzung findet am Samstag, dem 27. April 2024 um 17 Uhr im Friedwald "Bremer Schweiz" statt.  
Treffpunkt Parkplatz 2.

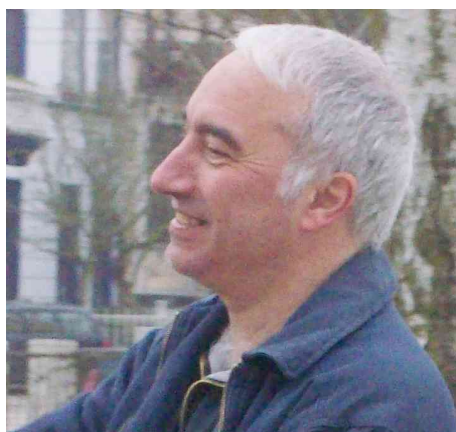
Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **6. Mai 2024** wieder um  
**17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 761. Bremer Montagsdemo

## am 06. 05. 2024

### Der Umweltkampf muss gesellschaftsverändernd sein!



Die umweltpolitische Strategiekonferenz mit circa 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war in vieler Hinsicht etwas Neues und ein hoffnungsvoller Anfang! Sie war ein Kontrastprogramm zu den alljährlichen Weltklimakonferenzen, die trügerische Hoffnungen aussenden und sogar zum Marktplatz umweltschädlicher Projekte wurden. Die 450 namentlich Unterstützenden im Vorfeld kamen aus über 40 Organisationen und fünf Parteien.

Anwesend waren einzelne Aktivistinnen und Aktivisten von „Friday For Future“, „Parents For Future“, „Omas For Future“, wissenschaftlicher Beirat der „Offenen Akademie“, Mitstreiterinnen und Mitstreiter von „Letzte Generation“, „Extinction Rebellion“, von „Rückendeckung für eine aktive Zivilgesellschaft“, dem IPPNW, der DFG-VK oder „Climate Justice“. Sie kamen aus der ganzen Bandbreite von Religion bis Revolution, aus der Partei „Die Linke“, ÖDP bis MLPD. Eine tragende Rolle spielte die „Umweltgewerkschaft“, aktiv dabei der „Frauenverband Courage“, „Solidarität International“, kommunalpolitische Personenwahlbündnisse, der Jugendverband „Rebell“ oder lokale Umweltgruppen. Auch „Young Struggle“ und die Zeitschrift „Rotfuchs“ waren vertreten. Delegationen der internationalen Bergarbeiterbewegung oder aus Auto-, Metall- und Elektrobetrieben, darunter viele Gewerkschafter von IG Metall, IG BCE oder „Verdi“ prägten die Diskussion mit. Kritische und fortschrittliche Wissenschaftler beteiligten sich genauso aktiv wie Vertreter der Flüchtlingsbewegung. Internationale Delegationen kamen aus 13 Ländern: Zypern, Spanien, Israel, Russland, Indien, Westsahara, Marokko, Peru, Kongo, Österreich, Togo, Ukraine, Frankreich.

So spannten wir einen großen Bogen. Entschieden protestieren wir gegen die Verweigerung der Einreise von einer Delegierten aus dem Jemen durch die Bundesregierung und die Behinderung der Einreise aus Malawi. Es war eine Konferenz des gegenseitigen Kennenlernens, der Vertrauensbildung und gegenseitiger Wertschätzung! Es gab zwölf kompetente Impulsbeiträge und insgesamt über 100

weitere Redebeiträge. Einstimmig wurden zu Beginn demokratische Konferenzregeln beschlossen, und die Kultur kam nicht zu kurz. Alles tiptop selbstorganisiert! Die Teilnehmenden waren vielfältig – aber einig, dass sich die kämpferische Umweltbewegung stärken und besser koordinieren muss. Es war ein Treffen auf Augenhöhe, Streitbar und solidarisch. Gemeinsamer Nenner war: Der Umweltkampf muss gesellschaftsverändernd sein! Dass die kämpferische Umweltbewegung kapitalismus- und gesellschaftskritisch wird, war Konsens! Die unterschiedlichen Schlussfolgerungen daraus wurden kontrovers und in solidarischer Atmosphäre diskutiert.

Eine zentrale Frage war die Dimension, der Ernst und die Dringlichkeit der Lage. Wir haben Einheit erreicht, dass die globale Umweltkatastrophe begonnen hat und die ganze Menschheit in den Abgrund reißen wird, wenn nicht grundsätzlich umgesteuert wird. Schon Karl Marx hat die systemimmanente Untergrabung der Einheit von Mensch und Natur im Kapitalismus enthüllt. Das hat heute zu neuen Tatsachen geführt! Ob die globale Umweltkatastrophe zu einer Gesetzmäßigkeit geworden ist, die nach und nach die menschlichen Lebensgrundlagen untergräbt und zerstört, wollen wir weiter diskutieren. Einig sind wir uns, dass ein Wettlauf mit der Zeit begonnen hat.

Die Konferenz beriet vielfältige Faktoren dieser Entwicklung, weit über die dramatisch zugespitzte begonnene Klimakatastrophe hinaus: das Massenartensterben, das drohende Umkippen der Meere, die Degradation der Böden oder auch das Ozonloch. Neue Faktoren kommen hinzu, wie die Vermüllung des Weltraums oder die Gesundheitskrise. Schon heute sind die organischen und psychischen Auswirkungen auf die Menschen dramatisch. Besonders betroffen sind die Armen der Welt. Kriege, die Hochrüstung und die wachsende Atomkriegsgefahr bedrohen Natur und Menschheit. Vergessen wir nie, dass der Mensch Teil der Natur ist und dass es um die Lebensgrundlagen der Kinder und Jugend und der künftigen Generationen geht! Es sind irreversible Prozesse eingetreten, die sich selbst und wechselseitig verstärken, wie das Auftauen der Permafrostböden oder die Gletscherschmelze. Die Debatte war ein Anfang. Es gibt viele Punkte, die wir noch genauer diskutieren wollen. Hier geht es auch darum, gemeinsam Begriffe zu definieren, eine gemeinsame Sprache zu finden, um uns einig zu werden.

Die Diskussion bestach durch ihre Kompetenz und große Informationsfülle. Eingbracht wurden viele gründliche Analysen. Bestechend waren auch viele Beiträge von Industriearbeitenden, die das Greenwashing ihrer eigenen Konzerne bloßstellten und den Zusammenhang zum Arbeitsplatzabbau zogen. Wir hörten bewegende und schockierende Berichte anwesender Betroffener der Flutkatastrophe an der Ahr oder Indigene vom Amazonas. Die Konferenz rang selbst darum, sich die Dimension der Umweltzerstörung in Denken, Fühlen und Handeln immer bewusster zu machen, gegen das Herunterspielen durch Regierende, Konzerne und Medien. Die ganze Umweltbewegung, die Arbeiterbewegung und alle Menschen, die am Überleben der Menschheit interessiert sind, müssen die Tragweite der Veränderung begreifen.

Geheimnisse des Erfolgs waren die Prinzipien der Konferenz: „Demokratische und solidarische Streitkultur um die gemeinsame Sache, weltanschauliche Offenheit – Antikommunisten, Antisemiten, Rassisten, Faschisten und Leugner des menschengemachten Klimawandels haben auf der Konferenz nichts verloren. Wir sind überparteilich und finanziell unabhängig. Wir organisieren die Konferenz selbständig gestützt auf alle beteiligten Kräfte“, heißt es im Aufruf zur Konferenz. Zu den No-Gos zählen auch Sexismus und jedwede Diskriminierung. Ergänzt wird das noch um die internationalistische Arbeit und die Rechenschaftspflicht aller gewählten Gremien. Jeder kann frei entscheiden, welche Selbstverpflichtungen er finanziell oder praktisch eingeht, aber das muss dann auch verlässlich sein.

Nur die Einhaltung dieser Prinzipien gegen antikommunistische Attacken, Spalterei oder Denkverbote kann künftig garantieren, dass die Umweltbewegung nicht an der Leine von Ordnungsfaktoren des kapitalistischen Systems liegt. Die übergroße Mehrheit der Konferenzteilnehmenden bezieht das hinsichtlich der Umweltbewegung besonders auf die staatstragende Monopolpartei „Die Grünen“. Über ihren Charakter wollen wir weiter diskutieren und sind sich noch nicht alle einig. In jedem Fall freuen wir uns über die Mitarbeit ehrlicher Umweltschützer aus den Reihen der Grünen. Die mit dieser Abschlusserklärung weiterentwickelten Prinzipien sind ein Garant der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit, sich die Freiheit zu nehmen, wirklich gesellschaftsverändernd tätig zu sein. Viele berichten von Erfahrungen, dass es auf Grundlage des Antikommunismus niemals eine gesellschaftsverändernde Umweltbewegung gebe. Diese Prinzipien weisen in die Zukunft!

Wer sind unsere Freunde? Nur gemeinsam werden die Arbeiterbewegung und die Umweltbewegung unschlagbar; sie bereichern sich gegenseitig. Für soziale Rechte, Arbeitsplätze und Umweltschutz auf Kosten der Profite! Für das Recht auf Streik! Wir brauchen ein großes Bündnis all jener, die die Menschheit retten wollen, einschließlich der Frauen-, Friedens-, Flüchtlings- und Jugendbewegung. – Wer sind unsere Gegner? Den Fokus werden wir auf die internationalen Großkonzerne und ihre Regierungen richten. Sie fahren uns und die Welt sehenden Auges vor die Wand. Null Toleranz für jede Art des Greenwashings. Wir protestieren gegen die global zunehmende Repression gegen Umweltaktivistinnen und -aktivisten. Für konsequenten und radikalen Umweltschutz, für drastische Sofort- und Schutzmaßnahmen!

Klare Kante gegen Faschisten, reaktionäre Gegner jedes Umweltschutzes und zweckmotivierte Leugner der dramatischen Entwicklung. Diskutieren wir eindringlich und überzeugend mit Menschen, die davon beeinflusst sind. Antifaschistische Bewegung und Umweltbewegung gehören eng zusammen. Was sind unsere Perspektiven, welche Gesellschaftsformen brauchen wir? Die Umweltbewegung braucht Optimismus und positive Zukunftsvisionen einer lebenswerten Zukunft in Einheit mit der Natur, frei von Ausbeutung und Unterdrückung! – Eine Reihe Beiträge brachte dazu ein, dass das nur der wissenschaftliche oder echte Sozialismus sein kann. Haben wir angesichts der begonnenen Umweltkata-

strophe keine Zeit für revolutionäre Änderungen, oder wird es nicht gerade dafür höchste Zeit? Über die revolutionäre und sozialistische Perspektive soll weiter gleichberechtigt mit anderen Konzepten wie lokaler und regionaler Autonomie, Bürgerräten oder transformativen Ansätzen diskutiert werden. Hier sind wir uns einig, dass wir uns noch nicht einig sind.

Füllen wir das alles jetzt mit Leben! „Wir müssen uns große Ziele setzen!“, resümierte ein Teilnehmender. Informieren wir breit über die Ergebnisse, natürlich auch die Kontroversen der Konferenz. Gehen wir gemeinsam an die Öffentlichkeit. Arbeiten wir an der Bewusstseinsbildung unter den Menschen und stärken wir die beteiligten Organisationen und ihre Zusammenarbeit! Hier ist viel Kleinarbeit im Alltag notwendig, für die wir genügend Raum und Zeit brauchen. Erst wenn unsere Ideen die Massen ergreifen, werden wir stark genug für gesellschaftliche Umwälzungen.

Arbeiten wir örtlich und regional enger zusammen, zum Beispiel mit gemeinsamen Aktionen von Arbeiter- und Umweltbewegung! Erweitern wir die organisierte Bewegung! Ein Höhepunkt könnte der Internationale Umweltkampftag am 16. November 2024 anlässlich der nächsten Weltklimakonferenz sein. Wir sind für widerständige Aktionen, auch politische Streiks und Massenblockaden, worüber Vertreter der weltweiten Arbeiterbewegung auf der Konferenz berichteten. Auch Hilfe zur Selbsthilfe und gemeinsame Aktivitäten der internationalen Solidarität in akuten Notsituationen sind notwendig.

Die Homepage der Strategiekonferenz soll zur gemeinsamen Informations- und Diskussionsplattform ausgebaut werden, um Aktivitäten zu koordinieren, zu bestimmten Ereignissen im Sinne eines „Tag X“ eine Kooperation zu organisieren und uns gegenseitig über unsere Arbeit zu informieren, sodass andere daran teilnehmen können. Ein wichtiges Ergebnis ist eine starke und breit aufgestellte Koordinierungsgruppe.

Als Fortsetzung und Weiterentwicklung der Strategiedebatte rufen wir zu regelmäßigen umweltpolitischen Ratschlägen mit internationaler Beteiligung auf, damit die Kämpfe besser national und international koordiniert werden. Einigen wir uns auf die wichtigsten gemeinsamen Anliegen und Forderungen. Unterschiedliche Ansichten gab es darüber, ob sie öfter als wie vorgeschlagen alle zwei Jahre stattfinden sollen. Darüber soll die Koordinierungsgruppe mit den beteiligten Organisationen und Menschen einen Entscheidungsprozess organisieren. Nutzen wir auch andere Foren und Kongresse für unser Zusammenkommen. Wir sind davon überzeugt, dass die Menschheit nicht in einer zerstörten Umwelt untergehen will. Wir rufen dazu auf: Lasst uns gemeinsam streiten für ein würdevolles (Über-)Leben in Einheit mit der Natur!

Wer aus erster Hand noch mehr darüber erfahren möchte, ist herzlich eingeladen zum nächsten **Treffen** der Regionalgruppe der „**Umweltgewerkschaft**“ am **Sonntag, dem 26. Mai 2024**, um **15 Uhr** im Gemeindezentrum **Zion**, Kornstraße 31, mit dem Thema „Berichterstattung von der **Umwelt-Strategiekonferenz**“.

*Abschlussklärung der Umwelt-Strategiekonferenz am 20. bis 21. April  
in Potsdam, vorgetragen von Harald Braun („Umweltgewerkschaft“)*

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **3. Juni 2024**  
wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

Getrennt marschieren, gemeinsam verlieren: Linkspartei und  
Sahrapartei aktuell beide unter der Fünf-Prozent-Hürde („N-TV“)

Dann sparen wir halt woanders: Bahn muss Milliarden-Mehrkosten  
für Polit-Prestige-Projekt „Stuttgart 21“ allein tragen („N-TV“)

Bürgergeld-Kürzung gefordert: Aber die geneideten Erhöhungen gleichen  
die Kaufkraftverluste in früheren Jahren gar nicht aus („Der Paritätische“)

Deckungsquote 39 Prozent: Milliardenausgaben der Krankenkassen  
für Menschen im Bürgergeldbezug weiter nicht abgedeckt („Ärzteblatt“)

Geschenkte Waschmaschine vom Regelsatz abgezogen: Mehr Re-  
pressionen bei der Grundsicherung als beim Bürgergeld („Der Freitag“)

15 Euro pro Stunde gefordert: Wird ab November endlich die  
Mindestlohn-Richtlinie der EU umgesetzt? („Tagesschau“)

„Tabubruch“: Scholz für 15 Euro Mindestlohn, aber Heil will  
beim Bürgergeld mal 'ne Nullrunde („N-TV“)

## Profitwirtschaft im Klimawandel

Auf der 580. Montagsdemo am 8. August 2016 habe ich schon einmal über den  
„Welterschöpfungstag“ informiert, der auch „Erdüberlastungstag“ genannt wird, in  
der „Europasprache“ Englisch auch „Earth Overshoot Day“. Er war im letzten Jahr  
am 2. August und tritt seit 1970 fast jedes Jahr ein paar Tage früher ein. Das heißt,  
die natürlichen, erneuerbaren Rohstoffe und ökologischen „Dienstleistungen“ der  
Erde sind für den Rest des Kalenderjahres an diesem Tag bereits verbraucht.



Eine weitere leicht verständliche Kennzahl ist der jährliche globale Ressourcenverbrauch, gemessen in „Erde-Einheiten“. Er betrug 1970 noch 1,01 „Erde-Einheiten“ und lag 2023 schon bei 1,7 Einheiten: Es wurden also 1,7 Erden gebraucht, um den Bedarf zu decken. Das ist überhaupt nur noch möglich, weil große Teile der Weltbevölkerung viel weniger Ressourcen verbrauchen als der kleinere verschwenderische Teil.

Es wird außerdem für viele Länder ein „nationaler Erschöpfungstag“ („Country Overshoot Day“) ermittelt. Das bedeutet: Je früher im Kalenderjahr dieses Datum erreicht ist, umso verschwenderischer sind seine Einwohner oder, „positiv“ ausgedrückt, umso höher ist ihr Lebensstandard. Für Deutschland als einem der reichsten Länder war dieser Tag bereits am 4. Mai.

Inzwischen sind die globalen Umwelt- und Sozialprobleme so dramatisch, dass es keine Nichtregierungsorganisation, Bürgerinitiative oder Regierungsform mit immer mehr schrägen Gesetzen und absurden Strafmaßnahmen oder gar eine politische Partei oder „Ampel“-Koalition schaffen wird, etwas Wesentliches zu verbessern. Ich glaube, alle Politiker sind ziemlich machtlos, das zu tun, was immer stärker von den meisten Menschen und besonders von Jugendlichen gefordert wird.

Doch es werden weiterhin von der Profitwirtschaft gigantische Mengen sinnlose, überdimensionierte, schlechte Produkte in aller Welt hergestellt und zu Schleuderpreisen vermarktet, nicht für menschliche Grundbedürfnisse, Dienstleistungen, Wohnraum, Energie und Nahrungsmittel, sondern für unsere Bequemlichkeit und für wachsenden Wohlstand.

Wer stoppt die Flut der Plastikmüll-Produktion, sofort? Niemand. Wer stoppt die Abholzung der Wälder, sofort? Niemand. Wer kann den Kohlendioxidausstoß abstellen, sofort? Niemand. Wer stoppt die Plünderung der Meere, sofort? Niemand. Wer kann das Abschmelzen des Polareises stoppen, sofort? Niemand. Es ist nicht mehr möglich.

Es ist sinnlos, nur unsere Regierungen aufzufordern, endlich etwas zu tun. Es istbarer Unsinn, irgendeine Partei oder gar einen einzelnen Politiker anzugreifen, für „kleine Fehler“ zu verurteilen oder gar zu verprügeln. Sie können alle fast nichts mehr tun. Es gibt Dinge, die lassen sich nicht durch freie Meinungen, kontroverse Diskussionen, Friedensgesänge oder Kriege und sonstige Kämpfe und Gerichtsurteile ändern. Das sind beispielsweise die Naturgesetze.

Wie mächtig, aber auch sensibel die Natur sein kann, hat beispielsweise die Corona-Pandemie bewiesen: Im Kalenderjahr 2020 ist wegen Massenquarantäne, genannt „Lockdown“, der „Earth Overshoot Day“ etwa einen Monat später eingetreten als im Jahr zuvor. Verbrauchs- und Konsumverhalten eines großen Teils der reicheren Völker waren reduziert, Produktionen aller Art, Autofahrerei und Flug-

reisen stark eingeschränkt. Ein vermindertes Wachstum stellte sich ein. Für die Finanz- und Wirtschaftsbosse war es eine Krise, für das globale Ökosystem zwar eine kleine Pause, doch viel zu kurz für eine spürbare Regeneration.

Ob die Corona-Krise bewusst von Menschen ausgelöst wurde, ist ein anderes Spekulationsthema, doch sie wirkte mit Sicherheit auch nach strengen Naturgesetzen, denen sich niemand entziehen kann. Die Wissenschaft hatte es zwar verstanden, doch wirksame Mittel standen in diesem Ausmaß erst nicht zur Verfügung. Sie wurden dann relativ schnell und sicherlich mit großem Gewinn produziert, denn lange Testphasen gab es nicht.

Es ist nach meiner Einschätzung nicht mehr möglich, mit unserer Art der Demokratie, einer Wirtschaftsdiktatur, allein für Deutschland die Erderschöpfung so zu vermindern, dass eine Erholung stattfinden kann und die Wirtschaft wieder nachhaltig wird, also in einem Zeitraum nur so viel verbraucht wie nachwächst und die Umwelt sich auf natürliche Weise regenerieren kann.

Deshalb fordern immer mehr bewusste Jugendlichen immer lauter „System Change not Climate Change“ und machen Aktionen, für die sie bestraft werden. Sie haben ein paar Mal an wenigen Tagen in wenigen Städten ein paar Autos blockiert. Damit sollen sie Nötigung begangen und einige wenige Leute kurz in ihrer Freiheit gestört haben, was nach heutigen Gesetzen nicht zulässig ist. Es wird Zeit, dass ein neues (Rechts)-System geschaffen wird, das diese Situation sachlich und realistisch wertet.

Warum dürfen allein in Deutschland täglich 47 Millionen Privatfahrzeugfahrer(innen) ungestraft und gebührenfrei gigantische Mengen von Atemluft verbrennen und mit jedem Liter Treibstoff drei Liter Kohlendioxid und viele andere Schadstoffe in die Natur blasen? Warum werden junge Menschen, die wenig Geld haben, zu Millionenstrafen verurteilt, nur weil sie mal an einem Flughafen ein paar Urlaubsflieger blockiert haben, aus gutem Grund?

Da stimmt nach meiner Meinung etwas nicht mit dem Rechtssystem. Hier müssen zuerst die Gesetze der Natur beachtet werden. Die Pandemie konnte viel mehr Flugzeuge ungestraft lahmlegen, doch allein daran ist wohl niemand gestorben. Leider habe ich mich in meiner Jugend und bis heute weder auf eine Straße noch auf eine Flughafenpiste geklebt. Entsprechend sieht die Erde heute aus.

*Helmut Minkus (parteilos)*

Vorwurf der Kriegsverbrechen: Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs beantragt Haftbefehl gegen Netanjahu und Hamas-Führer („N-TV“)

In allen Punkten schuldig: Trump vertuschte Sex-Skandale mit Schweigegeld, verbuchte es als Anwaltskosten und errang so einen Wahlsieg („Daily Beast“)

„Pläne für eine bessere Zukunft“: Londoner Amtsinhaber vergisst, zur  
Wahlankündigung einen Regenschirm mitzunehmen („*Daily Beast*“)

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 762. Bremer Montagsdemo am 03. 06. 2024

## Welches System kann die Erde noch retten?

Auf der letzten Montagsdemo habe ich über „Earth Overshoot Day“ berichtet und Ursachen beschrieben. Mein persönliches „Greenwashing“ ist zwar, dass ich noch nie ein Privatauto besessen und mein ganzes Berufsleben lang den öffentlichen Personennahverkehr benutzt habe. Auch bin ich seit 30 Jahren ehrenamtlich daran beteiligt, „Greenpeace“ und ähnliche Informationen und Gedanken öffentlich zu vertreten und danach zu leben. Doch zähle auch ich, nicht nur statistisch, zu den deutschen Verschwendern, die einen der höchsten Lebensstandards der Erde genießen dürfen.



Auch ich trage beispielsweise mit zehn bis zwölf Tonnen Kohlendioxid-Emission pro Jahr zum Klimawandel bei. Auch ich bin daran beteiligt, dass zur Erhaltung meines Standards die Ressourcen von etwa zwei Erden verbraucht werden. Vielleicht sind es bei mir auch 1,3 Erden und „nur“ acht Tonnen, doch das gleicht sicher ein einziger Elektro-SUV-Fahrer für mich wieder aus. Es wird nichts bringen, beispielsweise nach Afghanistan auszuwandern, wo der „Erde-Verbrauch“ noch unter einer Erde liegt.

Es bringt auch nicht viel, private und andere Klimasünder informieren zu wollen. Die werden wir hier auf dem Marktplatz kaum finden. Inzwischen sollte allgemein bekannt sein, dass bei der Verbrennung von einem Liter Treibstoff oder Heizöl drei Kilogramm Kohlendioxid und viele andere Schadstoffe in unsere Atemluft geblasen werden. Jede(r) sollte wissen, wie viel Liter davon sie oder er pro Jahr davon verbraucht; dann kann damit schon der größte Teil des persönlichen Anteils am Klimawandel berechnet werden.

Mehr oder weniger genau ist das heute feststellbar mit einer von vielen Kohlendioxid-Bilanz- oder -Fußabdruck-Apps, für die mehr oder weniger Fragen gestellt werden. Wir hören seit Jahrzehnten die gleichen Versprechen von Maßnahmen und Lösungen. Doch die Entwicklung, in Zahlen ausgedrückt, wird

immer schlechter. Ich bin doppelt frustriert, denn es gibt keine schnellen, praktischen Lösungen mehr für Probleme, die seit Jahrzehnten gelehrt, heruntergespielt und verschleppt wurden.

Bewusst lebende jüngere Leute haben die Situation durchschaut. Sie fordern schnelle, drastische Lösungen und stellen sogar ihren Lebensstandard und unsere Regierungsform in Frage. Es gibt aber niemanden mehr, der schnell wirksame Verbesserungen herbeiführen kann, denn die globalen Probleme übertreffen alles bisher da Gewesene. Die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte kann heute niemand mehr aufholen, und die damaligen Verantwortlichen gibt es nicht mehr.

Die heute Zuständigen sind ganz einfach überfordert. Deshalb können sie nichts mehr wirksam ändern, und ihre Aktivitäten erschöpfen sich in gegenseitigen Beschuldigungen und sinnlosen Machtkämpfen um ihre eigenen Interessen. Betroffen sind nicht nur die Kritiker, sondern auch die Verursacher selbst. Sie sind nur etwas später dran. Doch zuerst sind es jüngere Leute und Nicht-Verursacher, die es schon millionenfach gibt, genannt Klimaflüchtlinge.

Nach meiner Befürchtung beziehungsweise bisheriger Erfahrung werden sie das in dieser Gesellschaftsform nicht erreichen. Auch sie spüren das wohl selbst, weshalb eine ihrer Parolen lautet: „System Change not Climate Change“. Unsere Demokratie scheint zu versagen. So frei sie auch scheinen mag, es herrschen doch Kapital und Wirtschaft, die unendliches Wachstum vorgaukeln. Also ist es eigentlich eine Wirtschaftsdiktatur, die wir zulassen. Die meisten Menschen hierzulande sind so verblendet, dass sie es nicht mal merken. Und wenn sie protestieren, dann aus Angst vor bösen Russen, oder um vorbeugend ihren „aufgezwungenen Wohlstand“ zu schützen, beispielsweise vor Flüchtlingen.

Zur anstehenden Europawahl sind auf meinem Stimmzettel 34 Parteien und Gruppierungen aufgestellt, von denen ich eine wählen darf. Seit Jahrzehnten kämpfen Splitterparteien wie beispielsweise die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, die auch das System umwandeln will in einen „idealen Sozialismus“. Es gibt eine Minderheit, die einen parlamentarischen Weg ablehnt, um das System zu ändern, und einen schnellen, wirksamen Weg nur in einer Revolution, gegebenenfalls mit (Waffen-)Gewalt, sieht, die Revolutionäre Kommunistische Partei.

Dann gibt es Aktivisten, die „Anarchismus“ fordern, was sich zwar erschreckend anhört, als Wort aber nur „ohne Herrscher“ heißt. Gemeint ist natürlich ein braver „kommunistischer Anarchismus“, also ein System ohne Alleinherrscher, sondern es herrscht die Kommune. Kommunistische Gedanken werden immer stärker kritisiert, weil das die meisten Menschen mit Vorurteilen sehen und schon bei dem Wort erschrecken. Dabei leben wir in Deutschland alle in Kommunen, die aber heute meistens „Gemeinden“ genannt werden. Wenn jemand öffentlich selbst von einem „idealen Kommunismus“ redet, wird ihm kaum jemand zuhören.

Aktuell gehen in einigen deutschen Städten Gruppen auf die Straße, um lautstark als beste Lösung ein Kalifat zu fordern. Im Juni 2014 gab es schon mal einen Irrsinnigen Spinner (IS) namens Abu Bakr al Baghdadi, der in Mossul für

Irak und Syrien ein Kalifat ausrief, aber es nicht nach seinen Vorstellungen geschafft hat. Ich denke, das wird hierzulande sehr unwahrscheinlich. Selbst wenn es ein „ideales Kalifat“ sein sollte, was immer das auch sein mag. Es ist aber wichtig, gewalttätig auftretende Gruppen und Einzeltäter kritisch zu beobachten und zu verfolgen.

Eher stelle ich mir ein System vor, das, auf „normaler Vernunft“ und Naturgesetzen basierend, Fortschritte oder eine bessere Lösung der globalen Missstände bringt. Doch dazu müssten die meisten Menschen einen höchstmöglichen Bewusstseinszustand erreichen, in dem sie bei ihren Entscheidungen alle Dynamiken des Lebens berücksichtigen, nicht nur das eigene Ich beziehungsweise den maximalen Profit, was wahrscheinlich bei fast allen Menschen Normalzustand ist.

Es gibt eine weitere Lösungsmöglichkeit, die von der Natur angenommen werden kann, wozu aber ebenfalls ein hoher Grad an bewusster Einigkeit nötig ist. Je größer die Gefahr, umso schneller und effektiver bildet sie Schutzsysteme gegen natürliche Fressfeinde, ohne Diskussion, ohne Diktator, militärischen Drill oder sonstige Befehle, eine gemeinsame „Schwarmintelligenz“. So etwas haben Menschen in globalem Ausmaß, wie es heute nötig wäre, bisher noch nicht bewusst geschafft.

Die Natur wird weiterhin ihre Gesetze verfolgen, und es spielt für sie keine Rolle, ob es die „Letzte Generation“ trifft, die das erkennt, oder wenige Generationen davor, die zum großen Teil nicht nur das Klima-Chaos nachweislich verursacht haben. Wir brauchen nicht mehr in weit entfernte Inselparadiese in den Urlaub zu fliegen, um mitzerleben, wie sie im Plastikmüll oder im steigenden Meeresspiegel versinken. Auch hierzulande kann nicht nur im Fernsehen miterlebt werden, wie vierrädrige Blechkübel der Hauptverursacher von reißenden Bächen und überfluteten Straßen fortgespült werden. Wo gibt es deutlichere Botschaft als diese Bilder?

*Helmut Minkus (parteilos)*

Eine Hochwasserkatastrophe nach der anderen: Großwetterlagen dauern jetzt länger, Tiefdruckgebiete sitzen fest („N-TV“)

Keine Veranstaltungen geplant: Stell dir vor, es ist Veteranentag, und keiner geht hin („Google News“)

Von der Zwangsmusterung zur Zwangsrekrutierung: „Wir müssen auch über eine verpflichtende Option nachdenken“ („Tageszeitung“)

Eine Preissteigerung nach der anderen: Alleinstehende Beziehende von Bürgergeld oder Grundsicherung haben zwischen 2021 und 2023 bis zu 1.012 Euro Kaufkraftverlust erlitten („Presseportal“)

Sozialrecht wird Strafrecht: SPD plant Einführung einer zweimonatigen 100-Prozent-Streichung des Bürgergeldes bei Schwarzarbeit („Tagesschau“)

## Geht bitte am Sonntag ins Wahllokal



Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leute, bei der letzten Europawahl ging nur jede(r) Zweite zur Wahl. 50 Prozent gingen also nicht wählen. Wenn auch nur ein Teil von ihnen die „Internationalistische Liste / MLPD“ wählen würde, wäre diese nicht mehr totzuschweigen, wie es momentan noch gemacht wird.

„Versinke nicht in Resignation. Such keine neuen Stellvertreter. Werde selbst aktiv! Wähl die Internationalistische Liste / MLPD und schließ dich unserem Kampf an, damit sich grundsätzlich was ändert!“, heißt es im 10-Punkte-Programm zur Europawahl.

Wir haben als Hauptlosung in diesem Wahlkampf „Echter Sozialismus statt globaler Umweltkatastrophe“. Das dazu erschienene Buch „Die globale Umweltkatastrophe hat begonnen“ ist das derzeit am meisten zensierte Buch in Deutschland. Die Verfasser äußern sich dazu in einer Erklärung.

Wer also noch nicht per Briefwahl gewählt hat: Geht bitte am Sonntag ins Wahllokal und gebt der „Internationalistischen Liste / MLPD“ eure Stimme! Das ist unter Garantie dann keine verschenkte Stimme.

Außerdem möchte ich euch alle herzlich einladen: Am **Sonntag**, dem **16. Juni 2024**, machen wir um **10 Uhr** eine **Veranstaltung** mit Diskussion: „**Schluss mit dem Völkermord in Gaza** – Perspektive des palästinensischen Befreiungskampfes“. Anschließend gibt es ein gemeinsames Mittagessen. Ort ist das „Rote Atelier“ im „Kunz“, Sedanstraße 12 (Bremen-Neustadt).

*Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)*

Grüne bei Europawahl abgestürzt: Sahrapartei holt die meisten Stimmen nicht von der AfD, sondern von der SPD („N-TV“)

Französische Linke rauft sich zusammen: Es droht ein Wahlsieg  
der Postfaschisten wie in Italien („Tageszeitung“)

## Hatikvah



„Die Gestalt des Juden, der sich vor dem ehrwürdigen Richter mit Perücke windet, findet einen tiefen archetypischen Widerhall ... Herr Abramowitz ist nämlich kein Individuum, das eine individuelle Straftat begangen hat; er ist eine volkstümliche Überlieferung ... Und genau dies ist das Argument, das für einen jüdischen Staat spricht. Die eigentümliche soziale Struktur und die Verhaltensmuster, die den Juden in der Diaspora in Jahrhunderten der Abgrenzung aufgezwungen wurden, dieser unheimliche Geruch nach Andersartigkeit, nach Vagabundiererei und Betrügereien, welcher Herrn Abramowitz umgibt, der von nirgendwo kommt und nirgend-

wo dazugehört, lässt ihn gleichzeitig übermenschlich erscheinen, ein Mann ohne Schatten, das Produkt verdichteter Überlieferung. Wann immer man ihn bei lebendigem Leib verbrennt, ihm ein Messer in den Bauch stößt oder Gas in seine Lungen pumpt, taucht er wie ein Springteufel wieder auf und bietet mit einem noch abscheulicheren Lächeln einen gebrauchten Anzug oder eine Immobilienaktie an. Dieses eintönige Schauspiel läuft inzwischen seit zwanzig Jahrhunderten, und nichts deutet darauf hin, dass es im 21. Jahrhundert endet.“

Dies schrieb Arthur Koestler als Augenzeuge der Staatsgründung Israels im Jahre 1948, und er behielt recht. Wenn Juden – wie am 7. Oktober 2023 – bestialisch abgeschlachtet, vergewaltigt, gekidnappt, gefoltert werden, herrscht eine Weile Entrüstung und verhaltenes Schweigen. Wenn Juden sich zur Wehr setzen, kommen die alten Ressentiments wieder hoch: Juden als Kindermörder, Brunnenvergifter oder zionistische Weltverschwörer in genozidaler Absicht.

Den Veranstaltern von Diskussionsrunden mit anschließendem Mittagessen sei hierzulande gesagt, dass sie kein Territorium an arabische Bewohner des ehemaligen „British Palestine“ zu vergeben haben. Es ist auch fraglich, ob nationalterritoriale Streitereien zu einem friedlichen und nachbarschaftlichen Miteinander von Juden und Arabern notwendig sind. Es sieht ja nicht danach aus, dass Israel ein territoriales Interesse am Gazastreifen hätte. Das benachbarte Ägypten scheint auch kein Interesse mehr zu haben. Jordanien bekundet auch kein Inter-

esse mehr an der Westbank. Ob dies einen völkerrechtlichen Anspruch auf die Westbank zugunsten der dort lebenden Araber begründet, ist fraglich.

Jahrelang wurden israelische Siedler von den Golanhöhen beschossen. Darum ist es illusorisch anzunehmen, dass Israel dieses Gebiet jemals wieder an Syrien zurückgeben wird. Jerusalem als Hauptstadt eines „unabhängigen Palästina“ wurde in letzter Zeit häufig genannt, was ich als Traumtänzerie bewerte. Israel wird Jerusalem niemals abgeben oder nochmals teilen. All diese Territorialforderungen dienen nur dazu, den Konflikt aufrecht zu erhalten, um letztendlich den Judenstaat zu zerschlagen. Ich hege jedoch die Hoffnung, dass sich ein vernünftiges Miteinander zwischen Arabern und Juden „from the river to the sea“ realisieren lässt.

*Frank Kleinschmidt (parteilos)*

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt am **1. Juli 2024** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**.

12 Milliarden Euro im Erdboden vergraben: Tunnelbahnhof „Stuttgart 21“ weiterhin vom Scheitern bedroht („*Spiegel*“)

Nachtflugverbot: In vier Tagen kommt die Schneckenpost, falls nicht noch ein Wochenende dazwischenliegt („*N-TV*“)

Schauprozess: In Georgia darf ein Kamerateam Trumps Verteidiger und Ankläger für eine Dokumentation begleiten („*Raw Story*“)

800 Schuss pro Minute für alle: Technischer Fortschritt und konservative Verfassungsauslegung machen die USA zum Bürgerkriegsland Nummer eins („*Raw Story*“)

„Wir möchten Gewalt verhindern und Menschen schützen“: „Alkoholkonsum kann aggressiver machen; Cannabisrauchen versetzt in entspannte Stimmung“ („*The Sun*“)

Trump darf endlos lügen: Und wenn Biden gegen die Desinformation vorgeht, fehlt ihm die Redezeit für eigene Argumente („*Salon*“)

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 763. Bremer Montagsdemo

## am 01. 07. 2024

### Der Krieg gegen Gaza muss als Völkermord bezeichnet werden



1. Die faschistische Gefahr ist stark gewachsen. Bei der **Europawahl** gab es in mehreren Ländern massive Zuwächse für die Faschisten. In Deutschland hat die AfD jetzt 16 Prozent; in den ostdeutschen Ländern (außer Berlin) ist sie sogar mit 30 Prozent stärkste Partei. Die Ampelparteien verloren massiv, um 25 Punkte, und liegen nur noch bei 31 Prozent, alle drei zusammen: SPD, Grüne und FDP. Die bisherige Massenbasis der Monopole schwindet. Die SPD ist noch bei 13,9 Prozent, im Osten zum Teil bei fünf Prozent.

Es ist die bisher tiefste Krise des Vertrauens in bürgerliche Parteien. Hintergrund ist die tiefe Weltwirtschafts- und Finanzkrise: Die Monopole und ihre Staaten suchen einen Ausweg in der Vorbereitung auf den Weltkrieg, in immer noch rücksichtsloser Vernichtung der Natur und in der Vorbereitung und Förderung faschistischer Parteien. In Frankreich wurde der Rassemblement National von Marie Le Pen bei der Europawahl mit über 30 Prozent stärkste Partei; deshalb hat Macron das Parlament aufgelöst und fand am Sonntag die erste Runde der **Neuwahlen** statt.

Erfreulicherweise wurde in kürzester Zeit eine neue Volksfront fast aller linken Parteien gebildet. Diese erhielt gestern 29 Prozent (der RN zwar 33, aber Macron nur 21 Prozent), sodass bei der Stichwahl am nächsten Sonntag die Chance besteht, eine Mehrheit des RN und damit eine faschistische Regierung zu verhindern. Das ist auch für uns ein wichtiges Signal! Stärkt den Aufbau der United Front gegen Weltkriegsgefahr, Faschismus und globale Umweltkatastrophe!

Bei der **Landtagswahl** in Thüringen am 1. September 2024 gilt: Volle Kraft gegen die AfD! Wer AfD wählt, wählt Faschismus! Fünf Millionen Menschen waren nach der Potsdamer Konferenz von AfD und anderen Faschisten sowie CDUlern zur „Remigration von Millionen Migranten“ auf der Straße. Das ist gut, und die AfD erhielt auch nicht die prognostizierten 23 Prozent. Aber das reicht noch

nicht, und von den Monopolparteien wurde alles getan, um die antifaschistischen Kundgebungen einzuengen auf eine Ausrichtung „gegen Extremismus“ – und damit auch gegen die „linke Alternative“ gegen den echten Sozialismus. Der Begriff „Faschismus“ wurde kaum gebraucht.

Jetzt müssen wir gezielt den weiteren Aufbau der AfD stoppen! Dazu muss viel mehr aufgeklärt werden. Faschisten in neuem Gewand geben sich als „Friedenspartei“, wollen aber nur, dass Deutschland im Bündnis mit Russland um die Weltherrschaft kämpft. Die Klimaleugner von der AfD wollen den Ausbau von Kohle- und Atomkraftwerken. Die AfD behauptete letzte Woche, das Insektensterben (75 Prozent sind schon verschwunden!) komme von zu vielen Windrädern. Die sind nicht nur blöd, die halten uns auch für blöd!

Eine Rechtsregierung muss verhindert werden! Auch wenn sich CDU und CSU noch zieren und von einer „Brandmauer“ sprechen, inhaltlich nähern sie sich der AfD immer mehr an: Die CSU will das Bürgergeld abschaffen, die AfD ebenfalls. Der Faschismus ist in erster Linie gegen die Arbeiter gerichtet. Nach ihrem Machtantritt führten die Nazis die 56-Stunden-Woche ein, zerschlugen die Gewerkschaften und sperrten als erste Tausende kommunistische Arbeiterführer ins KZ. Auch der Faschist Erdogan hat Zehntausende Revolutionäre und Demokraten ins Gefängnis werfen lassen. Trump versuchte einen faschistischen Putsch, als er abgewählt wurde.

Wir dürfen uns keine Illusionen darüber machen, was ein Höcke, der geistige Führer der AfD, vorhat: In Italien hat Meloni als erstes die Sozialhilfe gestrichen. Wir dürfen kein zweites Mal auf Faschisten reinfallen: „Mein Land zuerst“, „America first“, so wollen die Imperialisten ihre Krise durch Krieg und Faschismus lösen. Im Zweiten Weltkrieg kostete das über 60 Millionen Menschen das Leben. Gehen wir der faschistischen Gefahr an die Wurzel! Sie liegt im Kapitalismus und der Diktatur der Monopole.

Die MLPD wird ihre Bewegung für den echten Sozialismus als gesellschaftliche Alternative zu Rechtsentwicklung und Faschismus entschieden verstärken. Im Wahlkampf in Thüringen, wo die AfD am stärksten ist und der Vertrauensverlust in die Monopolparteien am tiefsten, werden wir in die AfD eine Bresche schlagen! Ich lade alle ein: Macht mit!

Es gibt auch ein bundesweites Fest „**20 Jahre Montagsdemo**“ am **Samstag**, dem **17. August 2024** in **Eisenach**. Von der Montagsdemo Bremen fahren wir auch dorthin. Treffpunkt ist um **6 Uhr** am Hinterausgang des Hauptbahnhofs Bremen an der **Bürgerweide**. Je nach Teilnehmerzahl fahren wir mit Zug oder Pkws. Die Bremer Montagsdemo findet dafür im August nicht statt. Wir rufen auf, zur bundesweiten Montagsdemo am 17. August 2024 nach Eisenach zu kommen!

Dort startet um 11 Uhr die Auftaktkundgebung auf dem Karlsplatz. Die Abschlusskundgebung ist später auf dem Marktplatz. Es gibt wie immer ein Offenes Mikrofon. Delegationen der Arbeiter- und Umweltbewegung nehmen teil. Es gibt einen „Block der Internationalen Solidarität“, einen Jugendblock, einen

„Frauenpower-Block“, einen „Block gegen Armut, Bürgergeldkürzung, Altersarmut“, einen Umweltblock und einen Arbeiterblock.

Seit 20 Jahren gibt es nun die Montagsdemo. 20 Jahre Kampf gegen die Hartz-Gesetze, immer selbstbewusst, internationalistisch und auf antifaschistischer Grundlage. Gelebte Solidarität mit allen Ausgebeuteten und Unterdrückten. Das ist ein Grund zu feiern!

2. Frank Kleinschmidt rechtfertigt den **Völkermord** in Gaza! Er stellte im April und Juni 2024 Beiträge auf die Montagsdemo-Homepage, die nicht unwidersprochen bleiben können. Im April behauptete er unter Berufung auf P. Buwen von der Linkspartei, der „Palästinenserbegriff“ sei „faschistischen und antisemitischen Ursprungs“. Und alle, die ‚Free Palestine‘ rufen, sind für ihn „argumentationsresistente Schwurbler, die ihre Hasstiraden immer wieder herausbrüllen“.

Überhaupt stellt er das Existenzrecht Palästinas infrage, indem er geschichtsverleugnend schreibt, den Namen Palästina hätten sich die Römer ausgedacht. Erst nach der Zerschlagung des Osmanischen Reichs, 1918, habe man diesen Begriff wiederbelebt, und auch nur für den unter britischer Verwaltung stehenden Teil. Das ist völliger Unsinn. Vielleicht hätte er besser ein wenig mehr in Geschichte aufgepasst. Seit vielen Jahrhunderten gibt es Palästina. Und auch als Teil des Osmanischen Reichs hieß das Land Palästina.

Kleinschmidt schreibt, man hätte die Palästinenser auch genauso gut „Hobbits aus dem Auenland“ nennen können. Das ist übelster Zynismus – ja, das ist Rassismus. Palästina sei sozusagen „der Stachel im Fleisch, Israel zu zerschlagen und das Gebiet judenfrei zu machen“.

Die historischen Fakten sind anders: Bis 1918 waren über 90 Prozent der Bevölkerung Palästinas arabische Muslime. Bereits nach der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland und dem Beginn der Judenverfolgung kamen immer mehr Juden nach Palästina. Aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg waren sie noch eine Minderheit. Die UNO verfolgte zunächst auf Vorschlag der Sowjetunion unter Führung Stalins den Plan der Schaffung eines gemeinsamen arabisch-jüdischen Staates mit gleichen Rechten für Araber und Juden.

„Diese Lösung war aufgrund der Sabotage des britischen Imperialismus und unüberbrückbarer Differenzen zwischen Arabern und Juden nicht zu verwirklichen. Erst dann unterstützte die Sowjetunion als Kompromiss den Plan zur Teilung Palästinas. Es sollte zwei freie, unabhängige und demokratische Staaten, einen arabischen und einen jüdischen, in von der UNO klar festgelegten Grenzen geben. Die Sowjetunion erkannte als erstes Land den Staat Israel an. Er wurde dann aber sehr schnell unter dem imperialistischen Schutzschild Großbritanniens und der USA vom Zionismus geprägt.“ („Was ist die Perspektive des palästinensischen Befreiungskampfs?“, Verlag Neuer Weg, Seite 17)

Doch der israelische Staat dehnte sein Gebiet immer mehr zulasten der Palästinensergebiete aus und ignorierte dabei sämtliche UNO-Resolutionen. Nur

noch 18 Prozent des Westjordanlandes stehen unter vollständiger Kontrolle der palästinensischen Autonomiebehörde.

Der Krieg, den das israelische Netanjahu Regime seit dem 7. Oktober 2023 gegen Gaza führt, hat dieses extrem dicht besiedelte Gebiet fast vollständig zerstört. Über 50.000 Menschen sind schon tot – darunter ein sehr hoher Prozentsatz Frauen und Kinder. Schulen und Krankenhäuser werden völkerrechtswidrig bombardiert. Zuerst wurden die Menschen aus dem Norden Gazas vertrieben und im Süden aufs Engste zusammengedrängt. Danach beschoss man sie im Süden und zerstörte jegliche Zufluchtsstätte.

Die UN-Menschenrechtskonvention wirft Israel – völlig zu Recht – Kriegsverbrechen vor. Der Hamas im Übrigen auch: Deren faschistisches Massaker am 7. Oktober 2023 ist auch nicht zu rechtfertigen. Aber es hatte eine völlig andere Dimension. Der brutale Bombenterror gegen die Bevölkerung in Gaza lässt sich mit dem Kampf gegen die islamisch verbrämte faschistische Hamas nicht rechtfertigen. Der faschistoiden israelischen Regierung unter Netanjahu, der auch offene Faschisten angehören, geht es um die Schaffung eines „Großisrael“, in dem es keine Palästinenser mehr gibt. Dieser Krieg gegen Gaza darf und muss als Völkermord bezeichnet werden!

Kleinschmidts perfider Artikel macht dazu die Opfer zu Tätern: „Die gegenwärtigen Eskalationen im Gazakrieg sind das Ergebnis jahrzehntelanger rassistisch-ideologischer antisemitischer Gewalt gegen den Judenstaat“. Und er bezeichnet die mörderischen Angriffe auf Krankenhäuser und Schulen als „legitime Kriegsziele“.

In seinem Beitrag im Juni 2024 legt Kleinschmidt nochmals nach: „Den Veranstaltern von Diskussionsrunden mit anschließendem Mittagessen sei hierzulande gesagt, dass sie kein Territorium an arabische Bewohner des ehemaligen ‚British Palestine‘ zu vergeben haben... Es sieht ja nicht danach aus, dass Israel ein territoriales Interesse am Gazastreifen hätte... All diese Territorialforderungen dienen nur dazu, den Konflikt aufrecht zu erhalten, um letztendlich den Judenstaat zu zerschlagen.“

Dass die Zionisten aber genau dieses Ziel haben, alle Palästinensergebiete zu erobern und keinesfalls vorhaben, sich auf das von der UNO vorgegebene Gebiet zurückzuziehen, wurde bereits mehrfach deutlich, wenn israelische Minister Pläne zur Neubesiedlung Gazas (ohne Araber) vorlegten.

Von der MLPD Bremen wurde am 16. Juni 2024 eine Veranstaltung mit dem Titel: „Schluss mit dem Völkermord in Gaza – was ist die Perspektive des palästinensischen Befreiungskampfs?“. Diese „Diskussionsrunde mit anschließendem Mittagessen“ meint Kleinschmidt wohl, ohne sie offen zu benennen. Ausführlich wurde bei der Veranstaltung auch auf die Hamas eingegangen, ihre Unterstützung durch das iranische Regime und Katar und dass es mit faschistischen Organisationen wie Hamas, die der verlängerte Arm neuimperialistischer Mächte, wie des Iran sind, weder taktische noch strategische Zusammenarbeit geben darf.

„Die Perspektive des palästinensischen Volks, aber auch der Werktätigen und der Arbeiterklasse Israels, liegt im echten Sozialismus... Ein sozialistisches Palästina, in dem Israelis und Palästinenser gleichberechtigt zusammenleben, ist das strategische Ziel des Befreiungskampfs dort. Eine demokratische Zwei-Staaten-Lösung auf Grundlage des UN-Teilungsplans von 1947 mit Räumung der besetzten Gebiete durch Israel und Abzug der Siedler-Besitzer kann dabei eine Zwischenetappe sein, wenn sie mit einer sozialistischen Perspektive erkämpft wird. Dabei hat die Schmiedung der Arbeitereinheit zwischen israelischen und palästinensischen Arbeitern eine Schlüsselrolle. Es gilt, diesen Kampf zum Bestandteil der Vorbereitung der internationalen sozialistischen Revolution gegen den Imperialismus zu machen. Wir laden jeden ein, sich daran zu beteiligen. Hoch die internationale Solidarität! Vorwärts zu den vereinigten sozialistischen Staaten der Welt!“ (ebenda, Seite 39)

Die Landkarte vom Osmanischen Reich, die Frank Kleinschmidt nachgeliefert hat, ist ohne jede Beweiskraft. Es gibt auch Tausende Landkarten mit der Bezeichnung Palästina. Die Kreuzzüge gingen nach Palästina, ins Heilige Land. Die Juden selbst, die dorthin auswanderten beziehungsweise flüchteten, nannten es Palästina. Frank Kleinschmidts Methode ist ungefähr so, wie Erdogan gegenüber den Kurden: Kurdistan gibt es ihm zufolge auch nicht und auch gar keine Kurden. Diese wurden von ihm lange Zeit als „Bergtürken“ bezeichnet. Und wie den Palästinensern wird ihnen auch Land und Identität verweigert.

Frank Kleinschmidt, der seit Jahren zu keiner Montagsdemo mehr kommt, veröffentlicht trotzdem von Zeit zu Zeit Beiträge auf deren Homepage. Ich bin der Meinung, dass solche Beiträge, wie die hier zitierten, dort nichts zu suchen haben. Die Montagsdemo tritt seit Anbeginn für die Rechte der Unterdrückten ein, ist solidarisch mit allen Ausgebeuteten und Unterdrückten und klar antifaschistisch. Was Frank Kleinschmidt hier vertritt ist das Gegenteil: Gegen die Unterdrückten gerichtet, gegen die internationale Solidarität – bei offener Unterstützung der faschistoiden Netanjahu-Regierung und der rassistischen zionistischen Politik. Ich möchte darum bitten, in Zukunft solche Beiträge nicht mehr auf die Homepage zu setzen. Sie widersprechen den Prinzipien der Bremer Montagsdemo.

3. Lieber Gerolf, ich bin mit dir der Meinung, dass die **Überparteilichkeit** ein wichtiger Grundsatz der Montagsdemo ist. Aber sie ist nicht der einzige. Wichtige Grundsätze sind auch, dass die Montagsdemo auf der Seite der Ausgebeuteten und Unterdrückten und gegen Faschismus und Rassismus steht. Frank Kleinschmidts Beiträge verstoßen gegen diese Prinzipien, wie ich in meiner Stellungnahme dazu ausgeführt habe. Deshalb haben sie auf der Montagsdemo-Homepage nichts verloren.

Zu deinen weiteren Ausführungen kurz ein paar Anmerkungen. – Der Vernichtungskrieg des Netanjahu-Regimes in Gaza richtet sich gegen das palästinensische Volk – die Hamas-Anführer werden dabei, wenn überhaupt, höchstens zufällig mal getroffen. Dieser Krieg ist die Fortsetzung der israe-

lich-zionistischen Politik, der systematischen Vertreibung des palästinensischen Volks, dem sein eigener Staat verweigert wird.

Völlig richtig schreibst du, dass du Netanjahu nicht gegen die Anklage vor dem UN-Kriegsverbrechergericht verteidigen könntest und dass auch im Zweiten Weltkrieg die flächendeckende Bombardierung von Wohngebieten nicht notwendig war. Auch das ist richtig. Und die Sowjetunion hat das auch nicht gemacht, sondern die US- und Englischen Streitkräfte. Die Rote Armee hatte auch ohne eine solch barbarische Kriegsführung das faschistisch regierte Deutschland bereits weitgehend in die Knie gezwungen – selbst die Landung der Alliierten in der Normandie war zwar beschleunigend, aber nicht kriegsentscheidend. Verloren hat Hitler den Krieg im Osten.

Dass Frank dich und die Montagsdemo „frühzeitig vor strafrechtlichen Folgen warnen“ wollte, die ein unbekümmertes „Herauströten der Forderung ‚From the river to the sea, Palestine will be free‘ mit sich bringt“, ist ja rührend. Aber wer hat das denn gemacht? Abgesehen davon, dass inzwischen Gerichte entschieden haben, dass das Verbot dieser Parole rechtswidrig war, war sie bei den Montagsdemos nie gerufen worden oder in Beiträgen enthalten.

Deine Meinung zu den ehemals sozialistischen Staaten, einschließlich China, teile ich. Diese Länder sind allesamt inzwischen kapitalistisch, egal wie sie sich nennen. Die MLPD hat daraus die Lehren gezogen, insbesondere durch die Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus mit der Lehre von der Denkweise, wozu auch das System der Selbstkontrolle gehört. (Dazu gern unsere Bücher in der Reihe „Revolutionärer Weg“ lesen, auch bei mir kaufen oder ausleihen).

Zu deiner Frage zu Jobst: Er war im Winter ein paar Mal nicht bei der Montagsdemo, weil ihm das Sehen und Gehen nicht mehr so leicht fällt. Aber ansonsten geht es ihm gut. Ich werde ihn von dir grüßen. Für deine Bereitschaft der Unterstützerunterschrift bedanke ich mich. Wir brauchten diesmal allerdings nur relativ wenige im Vergleich zu anderen Wahlen und waren so schnell durch damit. „Olivgrün“ wählen... ganz schlimm!

Die neuerliche Zuschrift von Kleinschmidt ist widerlich, zynisch und beleidigend und verstößt noch viel eklatanter gegen die Grundsätze der Montagsdemo. Ich habe momentan nicht die Zeit, näher darauf einzugehen. Ich werde das auch in Zukunft so nicht mehr machen. Wenn es dir wichtig ist, solche Sachen zu veröffentlichen, werde ich mich von dieser Homepage verabschieden. Du hast viel geleistet in den letzten 20 Jahren und ich möchte mich bei dir dafür bedanken. Herzliche Grüße. PS. Ich bin die nächsten drei Wochen verreist.

*(Nachtrag Oktober 2024:)* Hallo Gerolf, du beschimpfst mich auf „deiner Homepage“ als „überfordert“, „unsouverän“ und „dumm“ und behauptest, dass „unter Kommunisten zuerst die Meinungsfreiheit leidet“. Hast du das nötig? Ich habe dargelegt, dass die Beiträge von Frank Kleinschmidt nicht mit den Grundsätzen der Montagsdemo vereinbar sind. Wer den Genozid an Palästinensern in zynischer Weise rechtfertigt, hat auf der Montagsdemo keinen Platz. Zu den Grundsätzen gehört eben nicht nur die Überparteilichkeit – der einzige Grundsatz den du an-

erkennst – sondern auch der Antifaschismus, Ablehnung von Chauvinismus und Rassismus und dass wir auf der Seite der Unterdrückten der ganzen Welt stehen.

Du bezeichnest meine Haltung als Angriff auf deine „Unabhängigkeit als Webmaster“ die du „nicht akzeptieren kannst“. Wie aufgeblasen! Seit wann ist der Webmaster einer gemeinsamen Bewegung – hier: der Montagsdemobewegung – denn unabhängig? Du verkündest das Ende der Montagsdemo und schreibst: „Die Montagsdemo wird nach Bedarf weitergeführt als Parteiveranstaltung der MLPD“. Ich glaube nicht, dass du zu entscheiden hast, ob die Montagsdemo weitergeht oder nicht. Du hast die Freiheit, dich von ihr zurückzuziehen und deine Homepage einzustellen. Das Recht, sie weiter als Homepage der Bremer Montagsdemo zu bezeichnen, hast du nicht. Wir hingegen haben die Freiheit, die Montagsdemo weiterzuführen – nach den Grundsätzen, die sie sich gegeben hat. Wie immer an jedem ersten Montag im Monat.

*(Nachtrag November 2024:)* Lieber Gerolf, dass ein Völkermord seitens der israelischen Regierung und Armee an den Palästinensern begangen wird, ist keine neue Bewertung, sondern schon sehr lange zu beobachten. Die widerwärtigen rassistischen („Hobbits“) und rechtfertigenden Beiträge Kleinschmidts für den Genozid wolltest du nicht von der Homepage löschen. Solange das aber nicht der Fall ist, anerkenne ich diese nicht mehr als Homepage der Bremer Montagsdemo. Auch wenn es mir leid tut und ich ausdrücklich deine Arbeit der letzten 20 Jahre anerkenne.

Ich bin aber auch nicht damit einverstanden, dass du allein entscheidest, was auf die Homepage kommt. Nach unseren Grundsätzen entscheidet darüber die Montagsdemo selbst – und es dürfen nur Beiträge darauf kommen, die diesen Grundsätzen entsprechen: Rassistische, faschistische oder sexistische Beiträge haben darauf nichts verloren. Und es sollten auch nur Beiträge drauf, die tatsächlich auch auf der Montagsdemo gehalten wurden. Herzliche Grüße.

*Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)*

Dreimal die Radmuttern gelockert: „Solidarität mit den bedrohten Genossen der MLPD!“ (*„Tageszeitung“*)

Hoffnungsschimmer: Labour Party erringt Erdrutsch-Sieg bei britischen Parlamentswahlen (*„N-TV“*)

Morgenröte: Kurzfristig geschmiedetes Linksbündnis gewinnt Parlamentswahlen in Frankreich (*„N-TV“*)

# Keine Wahrheitsfindung ohne Gegenmeinung



Meine Eltern waren Flüchtlinge aus Ostpreußen, die in Trümmern Schutz suchen mussten – überlebende, nur seelisch verletzte Opfer auf der Täterseite. Als Kind habe ich mir innerlich die Ohren zugehalten, wenn in der Familie über den selbstverschuldeten Zweiten Weltkrieg gesprochen wurde, über die Bomben und Brände und den Tod meiner Großmutter, als der Lazarettzug aus Königsberg beschossen wurde, in dem sie als Krankenschwester mitfuhr. Heute erinnern mich die Bilder der Menschen, die zwischen den Trümmern ihrer Häuser in

Gaza umherirren, an das Schicksal der Deutschen unter ihrer Nazi-Herrschaft, die sie erst so bejubelt haben.

Wie eine abscheuliche, hässliche Karikatur des grauenvoll Ungeheuren, des kriegslüsternen Holocaust-Reiches erscheint mir ein zwerghafter Landstrich – Gaza –, dessen langjährig ungewählte Führung mit selbstgebastelten Knallkörpern und Wunderwaffen die Juden und ihren demokratischen Rechtsstaat in tödlichem Hass angreift und in Gänze vernichten will. Wie der Sowjetunion und ihren West-Alliierten im Zweiten Weltkrieg scheint es mir heute geboten, die Urheber dieses Angriffs und die Strukturen ihrer Machtausübung mit militärischer Gewalt zu vernichten, dafür das von ihnen beherrschte Land zu besetzen und – wie damals mithilfe der Entnazifizierung – eine wenn nicht sozialistische, so doch rechtsstaatlich-demokratische Verfassungsordnung durchzusetzen.

Erst nach Zerstörung der deutschen Großstädte und Besetzung des Landes konnten die Alliierten Hitlers Kapitulation erzwingen, obwohl ich bezweifle, dass die flächendeckende Bombardierung von Wohngebieten dazu notwendig war. Heute gibt es viel zielgenauere Waffen und Aufklärung aus dem Weltraum. Ich glaube nicht, dass schier jedes Haus im Gazastreifen gesprengt werden muss, weil es Terroristen Deckung bieten und Tunnelleingänge verbergen könnte. Ich glaube nicht, dass so wenig zur Rettung der Menschen getan werden kann. Dass der israelische Gaza-Feldzug so schockierend überhart erfolgt und eine solch unfassbare Zahl an Todesopfern fordert, jene der ursprünglichen Terroropfer längst vielfach übertreffend, ist für mich nur damit zu erklären, dass Generälen mit faschistischer Gesinnung und Totalvernichtungsabsicht freie Bahn gegeben wurde. Den dafür verantwortlichen Premierminister Netanjahu kann ich gegen die bereits vor dem Internationalen Strafgerichtshof erhobenen Vorwürfe der Kriegsverbrechen nicht verteidigen.

Frank wollte nun die Montagsdemo und mich als Webmaster frühzeitig vor strafrechtlichen Folgen warnen, die ein unbekümmertes Herauströten der Forderung „From the river to the sea, Palestine will be free!“ mit sich bringt, weil es eine judenfeindliche Volksverhetzung darstellen könnte. Natürlich drückt das Verbot dieser Parole nur die herrschende Vernunft aus und besitzt an sich wenig Überzeugungskraft; deshalb müssen wir uns eben trotzdem anschauen, wie die entsprechende Forderung überhaupt entstehen konnte und ob sie zu befrieden ist. Ich hatte selbst ein mulmiges Gefühl bei der Sache und bin Frank dankbar fürs Aufpassen, Mitdenken und Mitschreiben. Er hat sich viel mehr als ich mit den Krisen und Kriegen im Nahen Osten auseinandergesetzt. Ich teile mit ihm eine gemeinsame Erinnerung an die ersten Jahre der Bremer Montagsdemo und habe viele tiefe Diskussionen mit ihm geführt.

Nicht jeder Mensch hat jedoch die Kraft, eine abweichende eigene Meinung auf der Straße, auf dem Marktplatz am Offenen Mikrofon vorzutragen, sich harte Kritik daran anzuhören nebst Aufforderung, den Mund zu halten, oder gar ein hässliches Etikett aufgepappt zu bekommen. Ich persönlich bin auf lange Sicht viel zu introvertiert dafür, und ich vermute, Frank ebenfalls. Nicht jeder Mensch hat deinen Kampfgeist und deinen Durchsetzungswillen, lieber Wolfgang, deretwegen du der Richtige bist zur Führung der Ortsgruppe deiner Partei genau wie zur Moderation der Bremer Montagsdemo, wo das Offene Mikrofon oder der Kundgebungsplatz auch schon mal gegen faschistische Übergriffe verteidigt werden muss. Doch jetzt erhebst du eine vertreibende statt anwerbende Stimme. Das kann die Montagsdemobewegung nicht breiter und stärker machen.

Ein kluger Grundsatz der Montagsdemo ist nämlich die Überparteilichkeit. Das haben in früheren Jahren die parteilosen oder anderweitig parteigebundenen Mitstreitenden immer wieder betont, und ich fühle ich mich ihm und ihnen nach wie vor verpflichtet. Nun sind zwei Jahrzehnte vergangen, und so viele von ihnen sind fortgeblieben, gar gestorben. Gerade noch Frank und manchmal Helmut helfen mir, auf der Homepage den Gedanken der Überparteilichkeit am Leben zu halten. Der ist deshalb so wichtig, weil die Partei der Marxisten-Leninisten die Montagsdemobewegung über die einst örtlich beschlossenen Grundsätze hinaus als eine „Schule des Klassenkampfes“ auf dem Weg zum Sozialismus ansieht. Einverstanden! Ich betrachte das Ziel als positiv, die Methode als brauchbar und erfolgversprechend.

Methode soll ja die in heute noch faszinierender Weise von Marx vorgeführte dialektische Wahrheitssuche sein, das Weglassen der rhetorischen Tricks und der persönlichen Angriffe, die kalte Betrachtung der einem System innewohnenden, widerstreitenden Kräfte, die es aufrecht erhalten oder zerstören können. Wenn nun in einem System, das Bestand und Erfolg haben soll – ob es Staat, Partei, Armee, Volksbewegung oder bloße Website sei –, die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung verloren geht, wenn das Widerwort ungehört bleibt, wenn ein warnender Gedanke nicht mehr die Stellen erreichen kann, wo Schalthebel be-

wegt werden, dann verliert dieses System die Fähigkeit zur Fehlerkorrektur und ist dem Untergang geweiht.

Tödlich verhängnisvoll für ganze Truppeneinheiten war das autistische Tele-Mikromanagement durch den faschistischen Angriffskrieger Putin, etwa die anfängliche Kolonnenfahrt nach Kiew und mancher seiner Schlachtbefehle trotz Ausrüstungsmängeln. Die Länder des einstigen Ostblocks sind längst nicht mehr sozialistisch. In China werden gelegentlich Milliardäre verhaftet, aber das spricht weniger dafür, dass da im Sozialismus der Klassenkampf weitergeführt wird, sondern dass es sich beim herrschenden System trotz des Parteinamens vielmehr um ein kapitalistisches handelt. Ein Sozialismus ohne Gegenmeinung ist keiner – er hat die dialektische Grundlage verlassen, auf der Marx ihn errichten wollte. Er ist in Dogmatismus erstarrt, und es ist keine Schule mehr da, in der es noch etwas zu lernen gäbe. –

Übrigens habe ich im Frühjahr, vor der Europawahl, den Besuch von Jobst vermisst; er hätte wie immer eine Unterschrift zur Wahlzulassung eurer Partei von mir bekommen. Ich hoffe, es geht ihm gut! Aber ich habe olivgrün gewählt.

*(Nachtrag August 2024:)* Lieber Wolfgang, wenn von dir als Moderator keine Beiträge mehr kommen, friert die Homepage jetzt ein und signalisiert damit, dass die Montagsdemo-Bewegung nach 20 Jahren tot ist, jedenfalls hier in Bremen. Die Website kann nicht weitermachen ohne frische Reden und Berichte von der realen Montagsdemo auf dem Marktplatz. Aber wenn sie kommen, gibt es auf einer neuen Seite zugleich Platz für die Reflexion; das ist doch die Stärke einer Website. Warum eine virtuelle Plattform sterben lassen, die 20 Jahre lang deine Beiträge veröffentlicht hat? (Auch als dich der „Sozialplenum“-Mailverteiler gesperrt hat? Oder als dich die Polizei von der FFF-Klima-Demo gezerzt hat?) Um dich dabei zu unterstützen, der Bevölkerung eine antifaschistische Redemöglichkeit zu geben, ein „Offenes Mikrofon“? Lass es dir noch mal durch den Kopf gehen! Herzliche Grüße.

*(Nachtrag September 2024:)* Nach Wolfgangs Ankündigung, sich von der Montagsdemo-Homepage zu „verabschieden“, wenn darauf – in Übereinstimmung mit seinem Bekenntnis zur Überparteilichkeit – Kritik an Positionen der MLPD veröffentlicht wird, habe ich konsequenterweise keine Berichte von der Fahrt zur bundesweiten Montagsdemo in Eisenach am 17. August wie auch von der für den 2. September angekündigten Bremer Montagsdemo mehr bekommen. Damit entfällt für mich die Geschäftsgrundlage für den Weiterbetrieb der Homepage. Sie wird beim jetzigen Stand eingefroren und ist bis auf Weiteres als Archiv im Netz erreichbar. Die Domain verbleibt bei mir.

Es geht hier nicht darum, dass die unterschiedlichen Positionen so festgefahren sind. Es geht darum, dass die Position von Frank von der Homepage entfernt werden soll, Überparteilichkeit hin oder her, als Voraussetzung dafür, dass Wolfgang wieder Beiträge mit seinen Positionen abliefert. Das ist ein Angriff auf meine Unabhängigkeit als Webmaster, den ich nicht akzeptieren kann. Zugleich ist

es eine Bestätigung und Beglaubigung meiner Unabhängigkeit und insofern nicht der schlechteste denkbare Ausgang für mich und die Homepage.

Wolfgangs Abgang ist vollkommen unnötig. Er könnte weiterer Kritik den Wind aus den Segeln nehmen. Er könnte über andere Themen sprechen. Er könnte ohne Gesichtsverlust bekennen, dass er kein Nahostexperte ist und nur die Standpunkte seiner Partei vortragen, aber Franks Behauptungen und Bewertungen nicht prüfen kann. Er könnte mit Nachdruck noch einmal die angeeigneten Standpunkte zusammenfassen. Und dann über andere Themen sprechen. Nein, er wählt den Abgang. Es wirkt so überfordert, so unsouverän, so dumm, denn es bestätigt das alte Urteil, dass unter Kommunisten zuerst die Meinungsfreiheit leidet.

„Gemeinsam stoppen wir den Sozialabbau!“, verkündet wie vor 20 Jahren eine aktuelle Einladung von Gewerkschaftern zur Bündnisbildung. Der Rückblick auf 20 Jahre Montagsdemo der bundesweiten Koordinierungsgruppe liest sich wie ein Fiebertraum: „Auf die nächsten 20 Jahre!“ Die „Tageszeitung“ erklärt den „Kampf gegen Hartz IV“ für verloren, denn die Kritikpunkte an der Sozialleistung, die nun Bürgergeld heißt, und die populistischen Faulenzer-Debatten darüber sind geblieben. Gern würde man den Kommunisten fragen: Wo bleibt die Höherentwicklung des Klassenkampfes? Wie erreicht man die Menschen im Internet? Allein, er ist schon davongelaufen.

(*Nachtrag November 2024:*) Lieber Wolfgang, lieber Frank, vielleicht müssen wir alle irgendwann zu neuen Bewertungen kommen: “Israel’s war conduct in Gaza ‘is consistent with the characteristics of genocide,’ including mass civilian casualties and using starvation as a weapon, according to a new United Nations Special Committee report released Thursday.” – Können wir angesichts dieser Möglichkeit schon jetzt zu altgewohnter Zusammenarbeit zurückkehren? Wir sind dabei, die Gelegenheit zu versäumen, mit neuen Beiträgen auf der Homepage die aktuelle Entwicklung zu kommentieren: den bevorstehenden Rechtsruck bei vorgezogener Bundestagswahl, den drohenden Abriss rechtsstaatlich-demokratischer Strukturen in den Vereinigten Staaten. Herzliche Grüße.

*Gerolf D. Brettschneider (parteilos, Webmaster Bremer Montagsdemo)*

Redaktionsmeinung verboten: Eigentümer setzt „Unabhängigkeit“ seiner Publikation durch („*The Daily Beast*“)

Chatbot-Dialektik: Untersuchung der Dialektik-Fähigkeiten künstlicher Intelligenz am Beispiel des Ukrainekriegs (*Gerolf D. Brettschneider*)

Dialektik für Dummies: Führt die Cannabis-Legalisierung zu mehr Kriminalität? („*Augsburger Allgemeine*“)

# Gaza Gaza

An deutschen Stammtischen mit anschließendem Mittagessen werden Nationen geschmiedet. Hoffentlich vor dem Essen, denn in der Trägheit des Schnitzelkomas lassen sich schwerlich kämpferische Beschlüsse fassen. Da fliegt mir ja eine ganze Menge um die Ohren, unsachlich, verfälschend und wesentliche Punkte auslassend, wie es sich für ordentliche Populisten gehört.



Das erinnert mich an Frau Dr. Alice Weidel, die ständig drauflos schwadroniert, dass die Windräder in Ermangelung des Windes gar nicht drehen, und dabei verschweigt, dass die Windräder vom Netzbetreiber abgeschaltet werden, weil der Strom, den sie erzeugen, das Netz überlasten würde. Ähnlich hat Frau Dr. Weidel eine Statistik erwähnt, nach der Deutschland 80 Prozent seines Stromes aus dem Ausland importiere.

Ich habe mir diese Statistik angesehen, die beinhaltet, dass Deutschland zu 80 Prozent der Tage eines Jahres Strom aus dem Ausland importiert. Die Stromimporte reichen im Jahr jedoch selten an zehn Prozent heran.

Schwurbelschwurbel. Noch mal verständlicher: Deutschland importiert nicht 80 Prozent seines Stroms im Jahr, sondern höchstens zehn Prozent. Für die Liebhaber der höheren Mathematik: Zehn Prozent sind weniger als 80 Prozent.

Aber meinen Namen kenne ich jetzt wieder. Danke für die häufige Erwähnung. Nun gut. Hier erst mal eine Karte des Osmanischen Reiches bis zum Jahre 1899. Wer darauf ein Gebiet namens Palaestina entdeckt, bekommt ein Sixpack. Ich sag nicht, von wem. Ich weiß auch nicht, von wem. Von mir jedenfalls nicht. Wer das Auenland entdeckt, bekommt den „Herrn der Ringe“ an den Kopf. Alle drei Bände.

Hier noch mal zum besseren Geschichtsverständnis. Diesmal mit Zahlen. Ich liebe Zahlen: „Den Diasporaaufstand (115-117) und den Bar-Kochba-Aufstand (132-135) konnte das Reich gleichfalls niederschlagen. Darauf mühten die Römer sich, die Bezeichnung Judäa als Herkunftsregion der unterworfenen Juden vergessen zu machen und benannten 136 die Provinz um in Syria Palaestina (deutsch philistäisches Syrien), nach dem einst im Küstenstreifen beheimateten Volk der Philister, womit sie den Begriff Palästina als Bezeichnung für die Region prägten.“

Die Römer haben jede Menge Völker erfunden, wie die „Gallier“, die sich selbst „Kelten“ nannten, oder die Stämme östlich des Rheins als „Germanen“

nach dem römischen Feldherrn „Germanicus“, und alle nördlich der Alpen waren die „Barbaren“.

Wenn ich schon so häufig zitiert werde, dann bitte auch vollständig und richtig und schwurbellos: „Die Kriegsvölkerrechtsverletzungen werden jedoch durch strategische Beschlagnahme von Krankenhäusern, Schulen und anderer ziviler Infrastruktur eindeutig von der Hamas begangen. Diese Infrastrukturen werden somit zu legitimen Kriegszielen – wie vergleichsweise ein Passagierschiff, das Waffen transportiert.“

Lassen wir jetzt die Zitiererei und kommen auf die wesentlichen Punkte der Meinungsverschiedenheiten. Sowohl Jutta Ditfurth als auch Peter Buwen als auch Gregor Gysi haben ein fundamentales Antisemitismusproblem innerhalb einiger Gruppierungen der linken Szene ausgemacht, dem ich nach näherer Betrachtung nur zustimmen kann.

Es geht mir in meinen Betrachtungen nicht um die Netanjahu-Regierung. Es geht mir auch nicht um das Problem radikaler, illegaler Siedler in der West Bank, nicht um Prozentzahlen der Bevölkerungsanteile in irgendwelchen Territorien, nicht um die Konflikte, die die israelische Gesellschaft gerade in ihrem Inneren zerreißen. Es geht mir ausschließlich um den Antisemitismus innerhalb der Linken, der nichts zu einem Friedensprozess beiträgt, eher im Gegenteil die Gewalt gegen Juden weltweit schürt. Aber fangen wir mal wieder ganz von vorne an.

Um den Nahostkonflikt aus einer anderen Perspektive zu betrachten, widmen wir uns einer Ethnie, die den größten Sprachraum in der Region ausmacht: Araber... Jetzt wird es schwierig. T. E. Lawrence widmet die ersten 50 Seiten seiner „7 Säulen der Weisheit“ der Klärung der Frage: Was sind eigentlich Araber? Wer dann an den Anfängen der Idee der Errichtung einer arabischen Nation interessiert ist, kann die restlichen 1.100 Seiten weiterlesen. Die Idee einer arabischen Nation (Panarabismus) hatte ihre Blüte zu Zeiten Nassers, die dann mit dem tragischen Attentat auf Sadat ihr Ende fand.

Ich habe bisher im Zusammenhang mit Gaza den Begriff „Araber“ stark vereinfacht angewandt. Es gibt ja nicht nur muslimische, sondern auch jüdische und christliche Araber. In der Gründungsphase Israels sind viele jüdische Araber, die in überwiegend muslimisch geprägten Staaten lebten enteignet und (auch durch Pogrome) nach Israel vertrieben worden. Die einheitliche arabische Hochsprache ist die des Koran. Das wäre jedoch, als wenn die deutsche Hochsprache die des Nibelungenliedes wäre. Der Vergleich ist nicht ganz treffend, gibt jedoch in etwa eine greifbare Anschaulichkeit.

Die Hochsprache findet keine umgangssprachliche Anwendung. Die arabische Sprache ist in Dialekte zerfallen, die sich gegenseitig schlecht bis kaum oder gar nicht verstehen. Ich verstehe die Schwaben ja auch nicht. Der Dialekt, der von den meisten Arabern verstanden wird, ist der ägyptische, weil Ägypten eine starke Filmindustrie hat, die ihre Produktionen in den arabischen Raum exportiert.

Was Gaza-Stadt (nicht den heutigen dicht besiedelten Gaza-Streifen) angeht, sind die meisten heute dort lebenden Bewohner Nachkommen ägyptischer Ein-

wanderer oder – wenn man so will – „Gastarbeiter“, die in den 20er bis 30er Jahren ins britische Protektorat „Palestine“ gezogen sind, um dort Arbeit zu finden. In Gaza-Stadt lebten ursprünglich überwiegend Juden, die nach und nach bis 1929 durch Pogrome der muslimischen Araber vertrieben wurden.

Orientalisten sind in der Lage, durch die Namen der Familien oder Clans die Stämme und Herkunft zuzuordnen. Wieso eigentlich Clans? Es sind doch keine Schotten. Der Google-Übersetzer wirft für Clan „eashayrat – qabila“ aus.

Nun zur Gesellschaftsstruktur der Araber. Dazu braucht man nur ein Wort: patriarchalisch. Und je mehr der Islamismus sich in der Region verbreitet, immer patriarchalischer. Der Panarabismus wies eine hohe Modernität auf. Die religiöse Gegenströmung, ursprünglich Wahabismus, Ende des 19. Jahrhunderts aus Arabien kommend, ist dann als antikolonialer Widerstand in der Universität Kairo in ein theoretisches Fundament gegossen worden und findet so starke Verbreitung, dass sogar neuerdings in Hamburg das Kalifat gefordert wird.

Von den Sehnsüchten zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung sind orientalische Gesellschaften weit entfernt. Dazu bedürfte es die nächsten 100 Jahre schweißtreibender Überzeugungsarbeit. Die fünf Angriffskriege arabischer Staaten gegen Israel, die mein geneigter Kritiker geflissentlich ausgelassen hat und ohne die wohl keine UNO-Resolutionen gegen Israel notwendig gewesen wären, waren doch keine sozialistischen Befreiungskriege.

Es tut mir ja auch wirklich leid, dass Stalin sauer war, dass Israel seinem Machtbereich entglitt, aber einen schlechteren imperialistischen Schutzschild als Großbritannien hätte Israel nicht erwischen können. Jahrelang haben die Briten mit ihrer Navy jüdische Siedlerseelenverkäufer auf dem Mittelmeer aufgebracht und die Menschen in Internierungslager auf Zypern eingesperrt. In ihrem Protektorat „British Palestine“ ständigen Anschlägen der Hagana oder der Irgun und arabischen Milizen ausgesetzt, waren die Briten letztendlich froh abzuziehen.

Von den zionistisch geprägten USA meines gestrengen Kritikers habe ich noch nichts gehört. US-Amerikaner sind eher in der Regel Baptisten oder Angehörige anderer christlich-protestantischer Konfession, und von den 46 US-Präsidenten waren bis heute zwei katholisch. Schwurbelschwurbel: Zionistenverschwörung. Die „Protokolle von Z\*\*n“ lassen grüßen.

Im Befreiungskrieg Israels 1948 wurde die Hagana von der Sowjetunion mit Waffen beliefert, ohne die Israel dem Ansturm der arabischen Staaten nicht standgehalten hätte, so Arthur Koestler. Nachdem in Israel gesellschaftspolitisch die Würfel zu einer bürgerlichen Gesellschaftsordnung gefallen waren, unterstützte die Sowjetunion von nun an vor allem Ägypten unter dem Panarabisten Nasser. Wir kennen die Bilder der abgeschossenen MIG-21-Flugzeuge aus dem Sechstagekrieg.

Es musste ein ideologischer Schwenker her, daher die Legende eines antiimperialistischen Befreiungskampfes gegen zionistische Drahtzieher im Hintergrund und die PLO als Bestandteil einer internationalistischen Linken. Es ging im

Kalten Krieg, der im Nahen Osten durch Stellvertreterkriege nur allzu häufig heiß geführt wurde, um Einfluss und Machtbereiche.

Diese Epoche haben wir doch jetzt hinter uns. Worum es im Nahen Osten jetzt geht, sind keine sozialistischen Befreiungskämpfe und waren es auch nie. Der Panarabismus ist mit Anwar as-Sadat gestorben, der von Muslimbrüdern ermordet wurde und der nach einer Aussage des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt ein „weltoffener, verständiger Moslem“ war und durch Friedensverhandlungen mit Israel den Sinai als wichtiges Gebiet zur Kontrolle des Suez-Kanals für Ägypten zurückbekam.

Heute geht es um die Ausbreitung des Islamismus. Antisemitismus geht zwar ohne Islamismus, was uns linke und rechte Antisemiten ja hinreichend veranschaulichen, aber Islamismus geht nicht ohne Antisemitismus.

Hallervordens „Gaza Gaza“ gefällt mir übrigens sehr gut. Es ist das Recht der Kunst, subjektive Eindrücke zu verarbeiten, und in künstlerischer Freiheit stellt er sehr schön Reizworte in den Raum, die zum Nachdenken anregen. „Und das soll kein Völkermord sein?“ stellt als rhetorische Frage die ethisch-moralische Perspektive in den Raum. „Die Macht, die die Bestien schafft“ steht als Sinnbild der Mächte, die in verhetzendem Hass die Völker gegeneinander aufwiegeln. Rüstungskonzerne sind die Profiteure, Kinder die Opfer.

Besonders perfide und grausam ist es, wenn Kinder als Märtyrer für Propaganda zur Abschachtung geopfert werden. Unterschätzt die Islamisten nicht. Das ist eine Ideologie, die sich nach den Maßstäben unserer bisherigen Komfortzone nicht fassen lässt. Diese Fundamentalisten streben den Märtyrertod an. Sie fürchten den Tod nicht und lassen sich ins Paradies bomben. So wie sie ihr eigenes Leben verachten, so verachten sie auch das Leben anderer und erziehen ihre Kinder zu judenhassenden Märtyrern.

Mein sensibler Kritiker erwähnt 50.000 Tote im Gazastreifen. So pietätlos es sein mag, muss ich auch diese Schwurbelei richtigstellen. Im Gazastreifen sind durch Angriffe des israelischen Militärs circa 37.396 Menschen gestorben, circa 85.523 wurden verletzt. Es sind Hamas-Zahlen. Unklar ist, wie viele davon Hamas-Kämpfer waren und wie viele Zivilisten davon auf das Konto der Hamas gehen.

Jetzt wieder ein Schmankerl für die Liebhaber der höheren Mathematik: Die Differenz der Getöteten beträgt 12.604. Sollte die Differenz von 12.604 Opfern vielleicht die Zahl getöteter Israelis sein? Das könnte so sein, wenn die 145.000 (hundertfünfundvierzigtausend) Raketen, die die Hamas von Oktober 2023 bis Januar 2024 abgefeuert hat, in Israel eingeschlagen wären. Davon sind sicherlich ein paar Raketen eingeschlagen. In Tel Aviv schlagen laufend Raketen ein, die „Iron Dome“ nicht abfangen konnte. 12.604 israelische Opfer gab es bis jetzt sicherlich und hoffentlich nicht.

Es hätte jedoch ein vergleichbar hohes Massaker an israelischen Opfern geben können, wenn es „Iron Dome“, die Bunkeranlagen und Frühwarnsysteme nicht gäbe. 145.000 Raketen. Welch ein Tunnelsystem fasst ein solches Arsenal?

Wo bringt man ein solches Arsenal auf solch kleinem Gebiet mit dieser hohen Besiedlungsdichte unter? In Moscheen? Schulen? Kitas? Krankenhäusern?

Ich bleibe dabei, dass die Erschaffung einer Palästinenser-Nation faschistischem Gedankengut entstammt und als tragisches Bauernopfer der Zerschlagung des Judenstaates dient. Sie war nie Bestandteil einer internationalistischen Linken. Diese Palästinenser-Nation wurde erst mit der PLO-Charta von 1964 unter Mitwirkung Jassir Arafats in Kraft gesetzt. Der Terrorist Jassir Arafat war geistiges Ziehkind des Mohammed Amin al-Husseini, Mufti von Jerusalem, der rege Kontakte zum deutschen Nationalsozialismus pflegte.

Der Gaza-Krieg erinnert an 1945. Die Hamas zelebriert den Untergang des Gaza-Streifens als episches Märtyrertum in Verachtung des Lebens: „Wanderer, kommst du nach Gaza“. Leid und Tod der eigenen Zivilbevölkerung ist diesen Fanatikern nur insoweit von Interesse, als dass sie den eigenen Propagandazwecken dienlich sind.

In einem Interview des arabischen TV-Senders „Al Arabiya“ mit dem Hamas-Anführer Chalid Maschal äußerte dieser die Absicht, Frauen und Kinder in Gaza zu opfern, um Juden zu töten – „In allen Kriegen gibt es zivile Opfer. Die Russen mussten 30 Millionen Menschen opfern, um frei zu sein. Die Vietnamesen opferten 3,5 Millionen Menschen. Afghanistan opferte Millionen von Märtyrern, Algerien opferte sechs Millionen Märtyrer. Das palästinensische Volk ist dahingehend wie jede andere Nation. Keine Nation befreit sich ohne Opfer“ –, während die Hamas-Führung in millionenschweren, klimatisierten Villen in Katar sitzt und die Ausradierung des Judenstaates plant, mit anschließendem Mittagessen.

Durchhalteparolen, wie wir sie aus unserer eigenen Geschichte nur allzu gut kennen. „Der Gaza-Chef der Hamas, Jihia al-Sinwar, behauptete großspurig, die Kassam-Brigaden führten einen erbitterten, brutalen und beispiellosen Kampf gegen die israelischen Besatzungstruppen und hätten die israelischen Truppen zerschlagen und seien dabei, sie zu zerschmettern“, so die „Süddeutsche Zeitung“. Wir brauchen uns die Bilder aus Gaza nur anzusehen, um festzustellen, dass das Gegenteil der Fall ist: Gaza sieht aus wie Köln, Hamburg oder Berlin Ende des Zweiten Weltkrieges.

Der Krieg hört jedoch sofort auf, wenn die Hamas die Bedingungen Israels akzeptiert: Freilassung der Geiseln und Kapitulation der Hamas. Deshalb können Tatbestandsvoraussetzungen zum Völkermord gar nicht vorliegen. Zu den Tatbestandsvoraussetzungen genügt allein schon die Absicht. Eine Absicht ist deshalb schlichtweg schon auszuschließen.

Im Rahmen der laufenden Klage Südafrikas gegen Israel wegen des Vorwurfs des Völkermordes vor dem Internationalen Gerichtshof hat Südafrika ein Eilverfahren beantragt, Israel zu verurteilen, die Kampfhandlungen sofort einzustellen. Der IGH hat mit seiner Entscheidung vom 26. Januar 2024 diesem Antrag Südafrikas nicht stattgegeben.

Kurz zusammengefasst hat der IGH Israel angeordnet, alles im Rahmen der Kampfhandlungen gegen die Hamas zu unterlassen, was die Tatbestandsvoraus-

setzungen des Völkermordes erfüllt. Unter Gliederungspunkt 85 der Gerichtsentscheidung findet sich hingegen ein ganz bemerkenswerter Passus, den ich hier im Wortlaut wiedergeben möchte:

„85. The Court deems it necessary to emphasize that all parties to the conflict in the Gaza Strip are bound by international humanitarian law. It is gravely concerned about the fate of the hostages abducted during the attack in Israel on 7 October 2023 and held since then by Hamas and other armed groups, and calls for their immediate and unconditional release.“

„85. Der Gerichtshof hält es für notwendig zu betonen, dass alle Konfliktparteien im Gazastreifen an das humanitäre Völkerrecht gebunden sind. Er ist zutiefst besorgt über das Schicksal der Geiseln, die während des Angriffs in Israel am 7. Oktober 2023 entführt und seitdem von der Hamas und anderen bewaffneten Gruppen festgehalten werden, und fordert ihre sofortige und bedingungslose Freilassung.“

Mit dieser Gerichtsentscheidung ist die Hamas also verurteilt worden, die Geiseln sofort und bedingungslos freizulassen.

Die Website der Bremer Montagsdemo ist ja nun mal kein Parteiorgan der MLPD. Wenn Parteimitglieder über ihre Parteiorgane Beiträge posten, sähe ich keinen Anlass, darauf zu reagieren, weil mir die MLPD zu unbedeutend ist. Wenn Parteimitglieder ihre Ansichten auf der Seite der Montagsdemo posten, können sie dies unter der Ägide des Betreibers natürlich tun. Dies gebietet die Überparteilichkeit.

Jedoch erachte ich es als Akt der politischen Unkultiviertheit, wenn gefordert wird, Beiträge, die eine andere Meinung vertreten, entfernen zu lassen. Dem namentlichen Angriff gegen meine Person auf der aktuellen Seite bin ich mit einer gewissen Nonchalance begegnet, da er mich persönlich nicht getroffen hat. Wenn jedoch behauptet wird, dass ich persönlich kriegerische Akte auf Schulen und Krankenhäuser legitimiere, obwohl ich in vorhergegangenen Beiträgen unmissverständlich deutlich gemacht habe, unter welchen Bedingungen das *Kriegsvölkerrecht* Angriffe auf zivile Einrichtungen legitimiert, nämlich wenn der Kombattant völkerrechtswidrig solche zivilen Einrichtungen strategisch in Beschlag nimmt, erachte ich es schon als fragwürdig, wenn meine Wenigkeit dafür zur Verantwortung gezogen wird.

Ich empfehle, sich hier noch einmal den Film „Die Brücke“ anzusehen und zur Stelle ungefähr bei Minute 1:09 zu springen, in der der alte Mann den Kindersoldaten rät zu verschwinden: „Der ganze Ort wird zusammengehauen. Ich kenn das doch.“ Nochmals: Das Kriegsvölkerrecht legitimiert ein solches Vorgehen. Kritik dann bitte gegen das Kriegsvölkerrecht erheben.

(*Nachtrag Oktober 2024:*) Noch einmal kurz zusammengefasst: Auch die Argumentation nach „indigener Verdrängung“ schlägt hinsichtlich der muslimisch-arabischen Bevölkerung historisch fehl. Ursprünglich waren es jüdisch besiedelte Staatsgebiete. Alle anderen danach waren in dieser Reihenfolge Eroberer beziehungsweise Besatzer: Römer, Araber, Türken, Briten. Dies soll jedoch hinsichtlich

der Zielsetzung eines friedlichen und nachbarschaftlichen Miteinanders zwischen Juden und muslimischen Arabern im Judenstaat nicht hinderlich sein.

Wenn Herr Wolfgang Lange sich mit Rücksicht auf die Sicherheit jüdischen Lebens in Deutschland und weltweit nicht zu einer gemäßigten Betrachtungsweise durchringen kann, halte ich es für besser, die Fortsetzung der Homepage einzustellen.

*Frank Kleinschmidt (parteilos)*

Linkspopulistische Erfolgsformel: Mit israelfeindlichen Sprüchen muslimische Wählerstimmen einsammeln („N-TV“)

Französische Erfolgsformel: Durch Absprachen mit Gegnern im Wahlkreis gemeinsam den Faschismus besiegen („Tageszeitung“)

Rechtsextremistische Szene schäumt vor Wut: „Grundsätzlich ein ungutes Zeichen, wenn der Staat einzelne Presseorgane verbieten lässt“ („N-TV“)

Nancy schlägt noch mal zu: Nach „Compact“ wird auch das „Islamische Zentrum Hamburg“ verboten („Tageszeitung“)

„Wir sind zurück bei Hartz IV“: „Die von der Ampel vorgenommene Bürgergeld-Reform ist Geschichte“ („Merkur“)

Regelsatz runtergetrickst: „Bundesregierung verstößt mit ihrer Sozialpolitik gegen Menschenrecht auf angemessene Nahrung“ („Frankfurter Rundschau“)

„Ich kann Sie 15 Jahre dauerschikanieren!“: Irgendein Schwachsinn fällt dem Jobcenter immer ein („Focus“)

Geisterhafter Fachkräftemangel: Künstliche Intelligenz hält Angebote für Stellen frisch, die niemals besetzt werden („Salon“)

Und jetzt Anja Stahmann: „Einige Nahtoderfahrungen hat die Kindergrundsicherung schon hinter sich“ („Tageszeitung“)

Streifschuss ans Ohr: Nicht erst seit gestern werden Wahlen in den USA mit dem „Peacemaker“ entschieden („The Daily Beast“)

Selbstjustiz: Von Trump ernannte Richterin verwirft Anklage gegen Trump pünktlich zum Nominierungsparteitag („The Daily Beast“)

Warten auf göttliche Erleuchtung: Mit einem Rücktritt könnte Joe

Biden die erste Frau ins US-Präsidentenamt befördern („Salon“)

Neue Hoffnung und Begeisterung: Der Abstieg der USA in den Faschismus erscheint plötzlich abwendbar („Raw Story“)

Ratten verlassen das sinkende Schiff: Bekannte US-Faschisten distanzieren sich von Trumps Wiederwahl-Kampagne („Raw Story“)

„Am besten schalten Sie Fernseher und Social-Media-Apps ab“: Ukraine überfällt unerwartet russisches Kursk („The Daily Beast“)

„Nur noch schrullig“: Wie einfach sich eine Diskussion beenden lässt („Raw Story“)

„Wir haben die gesamte Arbeiterklasse vereinigt“: Solidarität ist der Schlüssel zum Sieg über die faschistische Gefahr („Raw Story“)

„Antifa heißt Wohlfahrtsstaat“: Unverbrauchte redegewandte Quereinsteigerin will Vorsitzende der Linkspartei werden („Neues Deutschland“)

## 20 Jahre bundesweite Montagsdemobewegung

Das sind 20 Jahre Widerstand gegen Armut und für den Erhalt sozialer Errungenschaften! 20 Jahre gelebte Solidarität und gegenseitige Hilfe! Begonnen hat unsere Bewegung im August 2004 gegen die Einführung der Hartz-Gesetze. 250.000 Menschen gingen zeitweilig wöchentlich auf die Straße. Hartz IV wurde zum meistgehassten Gesetz unter der Bevölkerung – dafür haben wir als „soziales Gewissen“ gesorgt. Die „Ampel“-Regierung änderte zwar den Namen in „Bürgergeld“, weil SPD und Grüne dieses Damoklesschwert endlich loswerden wollten, doch die Armut ist geblieben. Armut macht krank und kostet Lebensjahre. 20 Jahre nach 2004 ist der Kampf gegen Sozialabbau und Armut noch genauso drängend. Die rechte CDU/CSU im Chor mit der FDP bläst zur Attacke auf die Bürgergeld-Bezieher. Die faschistische AfD will es ganz abschaffen.

20 Jahre gemeinsamer Kampf von Erwerbslosen und Arbeiter und immer klare Kante gegen Spaltung! Nicht das Bürgergeld ist zu hoch, sondern die Löhne sind zu niedrig. Die Montagsdemo hat Arbeitskämpfe – ob der Stahlarbeiter, Bergleute, des Krankenhauspersonals oder der Kaufhausbeschäftigten – stets unterstützt und sich für den Erhalt der Arbeitsplätze sowie bessere Arbeitsbedingungen eingesetzt. Unvergessen sind unsere gemeinsame Kampfeinheit mit der

Bochumer Opel-Belegschaft und weitere Streiks. Wir kämpfen um gleiche Löhne und Renten in Ost und West!

20 Jahre Kampf gegen Umweltzerstörung und die Ausspielung von Arbeitsplätzen gegen den Umweltschutz! Spätestens die Katastrophe von Fukushima 2011 mahnte: Atomkraft ist nicht beherrschbar! Weitere themenbezogene Montagsdemos wie gegen das umweltfeindliche Prestigeprojekt „Stuttgart 21“ oder den Ausbau des Frankfurter Flughafens sind inspiriert durch unsere Bewegung entstanden. Die Montagsdemo ist auch das „ökologische Gewissen“ und verurteilt scharf die Behauptung der Konzerne, Umweltschutz und Arbeitsplätze seien nicht vereinbar! Genau das Gegenteil ist der Fall, denn es würden viele Arbeitskräfte gebraucht, um die dringend notwendigen Umweltschutzmaßnahmen in Angriff zu nehmen.

20 Jahre konsequent antifaschistisch und für internationale Solidarität, während Pseudo- Montagsdemos, die in den letzten Jahren entstanden sind, eine „Querfront“ betreiben oder gar von Faschisten geprägt oder organisiert werden. Keinen Fußbreit den Faschisten! 2024 sind wir besonders herausgefordert, uns gegen die faschistische Gefahr aufzustellen. Die Montagsdemo ist auch das „internationale Gewissen“ und kämpft gegen Kriege und Fluchtursachen! Schluss mit dem Völkermord durch das Netanjahu-Regime in Gaza und dem Krieg in der Ukraine! Keine Waffenlieferungen an Israel und die Ukraine!

20 Jahre Offenes Mikrofon – das Merkmal der Montagsdemobewegung! 20 Jahre selbständig, überparteilich und selbstfinanziert! Mit dem Offenen Mikrofon wird solidarisch und Streitbar auf der Straße, unter den Montagsdemonstranten, mit Passanten und Gästen diskutiert. Beschlüsse werden demokratisch und transparent mit allen auf den Kundgebungen gefasst. So geht echte Demokratie! Wir sind stolz, dass wir unseren Grundsätzen immer treu geblieben sind.

20 Jahre Kapitalismuskritik und Protest gegen die Regierungspolitik! Angefangen gegen die Politik der Schröder/Fischer-Regierung, dann der CDU/FDP und der Großen Koalition unter Merkel bis zur jetzigen „Ampel“- Regierung – wir haben unsere Selbständigkeit bewahrt, uns von den etablierten Parteien nie instrumentalisieren lassen. Der Gegenwind hat uns auch stark gemacht. Alle angesprochenen Probleme haben ihre Ursache im Kapitalismus. Wir kämpfen für eine gesellschaftliche Alternative zu diesem zerstörerischen kapitalistischen System, diskutieren über den Sozialismus und lassen uns keine antikommunistischen Maulkörbe verpassen! Wir haben in 20 Jahren viele Weggefährten und Bündnisarbeit gefunden. Die nächste Zeit wird uns herausfordern. Doch wir sind gut gewappnet mit unseren Erfahrungen und unserem Knowhow und wenn wir auf die eigene Kraft vertrauen. Herzlichen Glückwunsch uns allen! Auf die nächsten 20 Jahre!

*Koordinierungsgruppe bundesweite Montagsdemo*

Die nächste **Bremer Montagsdemo** beginnt erst am **2. September 2024** wieder um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Wir feiern 20 Jahre Montagsdemo und begehen den Antikriegstag, der einen Tag vorher war. Es wäre schön, wenn dazu möglichst viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter der letzten zwei Jahrzehnte kommen. Ihr seid herzlich dazu eingeladen! Es wird für Kaffee und Kuchen gesorgt – wer kann und will, kann gerne noch etwas mitbringen!

## **Gemeinsam stoppen wir den Sozialabbau!**

Liebe Leute, wir laden euch herzlich zu einem **Bündnistreffen** gegen die Kürzungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und den fortschreitenden **Sozialabbau** ein. Unsere Treffen finden am **9. und 23. September 2024** jeweils um **19 Uhr** im **Gewerkschaftshaus** am Bremer Hauptbahnhof (Bahnhofplatz 22-28) statt.

Wir sind entsetzt über die Pläne der Bundesregierung, die Mittel für Eingliederungsmaßnahmen im Bundeshaushalt für 2025 erneut drastisch zu kürzen. Diese Gelder finanzieren wichtige Programme wie Arbeitsgelegenheiten und die Integration von Langzeitarbeitslosen, die Menschen dabei unterstützen, wieder eine berufliche Perspektive zu erlangen. Ohne diese Mittel droht vielen Menschen der Verlust ihrer Perspektiven, soziale Einrichtungen stehen vor der Schließung, und eine Pleitewelle unter den arbeitsmarktpolitischen Trägern zeichnet sich ab.

Auf unserem offenen Bündnistreffen möchten wir gemeinsam mit euch über mögliche Aktionen und eine Zusammenarbeit diskutieren, um den Sozialabbau entschlossen zu bekämpfen. Obwohl unsere Initiative durch die aktuellen Probleme beim Jobcenter und die geplanten Kürzungen angestoßen wurde, steht sie im Kontext vieler Debatten über Bürgergeld, restriktive Flüchtlingspolitik und den allgemeinen Angriff auf alle Bereiche, die nicht in die Verwertungslogik des derzeitigen Systems passen.

Als Gewerkschaft Verdi haben wir zusammen mit vielen Betriebsratsgremien die Bremer Erklärung „Demokratie schützen und soziale Sicherheit stärken“ veröffentlicht. Wir sehen die Erklärung als einen ersten Impuls und sind überzeugt, dass wir durch eure Perspektiven inhaltlich stärker werden können. Dadurch möchten wir umfassendere und emanzipatorischere Diskurse anstoßen. Uns ist bewusst, dass es Raum für Erweiterungen gibt, und wir freuen uns auf den gemeinsamen Austausch. Viele Grüße.

*Rundmail von Steffen Moldt (Gewerkschaftssekretär Verdi)*

\* \* \*

An dieser Stelle endet nach 20 Jahren die Dokumentation der überparteilichen antifaschistischen Bremer Montagsdemonstrationen mit Offenem Mikrofon. Die Montagsdemo wird nach Bedarf weitergeführt als Parteiveranstaltung der MLPD.

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# 767. Bremer Montagsdemo

## am 02. 12. 2024

Im August 2024 hat wegen der bundesweiten Veranstaltung zum 20-jährigen Jubiläum unserer Bewegung in Eisenach keine Montagsdemo in Bremen stattgefunden. Zur 764., 765. und 766. Bremer Montagsdemo (September, Oktober und November 2024) wurden keine Beitragsmanuskripte für die Homepage eingereicht.

## Warum überhaupt diese Fixierung auf Israel?



Lieber Wolfgang, wenn ich mich darauf einlassen würde, nur noch Beiträge auf die Homepage zu setzen, die tatsächlich auch auf dem Marktplatz gehalten worden sind, dann schrumpft in der Praxis der Kreis der Verfasser auf dich, Harald und Helmut. Nicht einmal mehr ich selbst dürfte auf der von mir finanzierten Homepage schreiben, seit ich mich Anfang 2013, nach dem Vorwurf von Jobst, ich würde mich nur mit „Spielerei“ beschäftigen, vom Marktplatz ferngehalten habe. Damals wurde mir klar, dass dieses Urteil – das ja wohl eurer Weltanschauung entspringt, hat mich doch auch Leyla Ende 2009 in aller Freundlichkeit darum gebeten, nicht mehr für ein bedingungsloses Grundeinkommen einzutreten – für mich persönlich toxisch und vernichtend ist, gerade auch wegen meines Respekts und Interesses für eure Weltanschauung, weil ich mich in eurer Nähe trotz aller einladenden Veranstaltungen und freundschaftlich werdenden Bekanntschaften letztlich nicht akzeptiert und anerkannt fühle.

Franks Beiträge, die vor allem, dürfte ich ebenfalls nicht mehr auf die Homepage setzen. Auch er war jahrelang auf dem Marktplatz dabei und ist seit 2008 derjenige, mit dem ich per E-Mail die intensivsten politischen Diskussionen

geführt habe. Hier bringt er dank Bundeswehrlaufbahn ein wenig Lehrgangswissen zum Thema Kriegsvölkerrecht mit. Ein Hobbit-Vergleich als Beleg für seinen „Rassismus“? Sorry, eine Anspielung auf fiktive Tolkien-Figuren kann wohl nicht ganz ernst gemeint gewesen sein. Ist das nicht im Grunde genommen eine Unverschämtheit, dass es deine Interpretationssache sein soll, was auf die Seite darf oder nicht? Was verlangst du da eigentlich von mir? Zwanzig Jahre lang habe ich deine Beiträge auf der Homepage veröffentlicht. Nun willst du meine Arbeit nicht mehr anerkennen. Ist das nicht ein bisschen schofel, wie du mit mir umgehst? Von einer alten Freundin kommt kopfschüttelnd eine befremdete Rückmeldung: „Warst ja lange am Start, und das ist jetzt die Ernte. Respektlos!“

Warum nach Monaten immer noch Groll hegen und die gemeinsame Weiterarbeit verweigern, unversöhnlich nachtragend bis in die Steinzeit, oder jedenfalls bis in die Zeit der Steinigungen? Warum überhaupt diese Fixierung auf Israel? Israels Kriegsführung in Gaza entspreche „den Merkmalen eines Völkermordes“, heißt es mittlerweile in einem Bericht des Sonderausschusses der Vereinten Nationen, und womöglich setzt sich diese Sichtweise und Wortwahl durch. Dem „Forsa-Trendbarometer“ von Mitte November zufolge rangiert das öffentliche Interesse für das seit unser aller Kindertagen und wohl leider auf ewig unbefriedete „Heilige Land“ aber nur bei sechs Prozent. „Die wichtigsten Themen waren für die Befragten die Wahlen in den USA (60 Prozent) und der Bruch der Ampel-Koalition (59 Prozent). Mit großem Abstand folgt die ökonomische Lage (24 Prozent). Der Krieg in der Ukraine ist für 18 Prozent die wichtigste Frage. Der Nahost-Konflikt (6 Prozent), die Zuwanderung (5 Prozent) sowie Klima- und Umweltfragen (5 Prozent) folgen auf den hinteren Plätzen.“ Im Sudan wurden elf Millionen Menschen vertrieben, mehr als doppelt so viele hungern. Wenn es aber noch so viele andere und sogar wichtigere Themen gibt: Warum nicht einfach mit der Homepage weitermachen wie bisher – statt uns darüber zu zerstreiten, wie Juden und Muslime friedlich miteinander leben sollten?

Zu deiner Resolutionsvorlage: Die Anwesenden haben sich bei der Abstimmung auf deine Einschätzung verlassen. Dass Frank in seinen Beiträgen „den Völkermord in Gaza gerechtfertigt“ habe, halte ich aber für eine justiziable Verleumdung. Du bewertest bereits den Tatbestand, der noch von einem internationalen Gericht zu beurteilen ist. Peter Weispfenning hat außerdem das Selbstverteidigungsrecht Israels nach den aus Gaza geführten Terroranschlägen bestätigt. Und die Existenz eines Volkes geschichtlich zu untersuchen scheint mir zulässig zu sein. Ich finde deine Forderung nach Zensur, die du hier bekräftigt haben willst, deshalb nicht gerechtfertigt. Dass du auf mich Druck ausübst mit der Drohung, der von mir geführten Homepage wegen einiger missliebiger Beiträge die Anerkennung entziehen zu lassen, widerspricht dem Geist der freien, überparteilichen Meinungsäußerung. Ich weise diese Resolution als übergriffigen Versuch der Einschüchterung und Disziplinierung zurück.

Gegen das darin von dir stillschweigend vorgenommene *Update* der Montagsdemo-Grundsätze, die nun verletzt worden sein sollen, möchte ich zudem

einwenden, dass diese in ihrem ursprünglichen, von einem damals noch größeren Teilnehmerkreis verabschiedeten Wortlaut vom 14. Februar 2005 völlig ideologiefrei formuliert waren und außer dem Bekenntnis zum Antifaschismus *keine* inhaltlichen Festlegungen vorgegeben haben, etwa die Imperialismustheorie, um eine Bündnisbildung nicht zu erschweren und einen breiten Protest gegen die aktuelle Gesetzgebung zum Sozialabbau, „Hartz IV“ genannt, zu ermöglichen. Für die Homepage gelten diese ursprünglichen Grundsätze, denen der Webmaster zugestimmt hat. Der Gedanke, einer abwesenden Privatperson per Beschluss auf dem Marktplatz anderslautende oder überhaupt irgendwelche Verpflichtungen auferlegen zu können, ist lächerlich. Dort gegen einen langjährigen Mitstreiter ein Scherbengericht zu veranstalten ist abscheulich.

*Gerolf D. Brettschneider (parteilos, Webmaster Bremer Montagsdemo)*

Chatbot-Dialektik: Milliardär lässt Meinungsbeiträgen in seiner Zeitung mit computergenerierten Gegenargumenten widersprechen („Raw Story“)

## Resolution



Lieber Gerolf, auf der heutigen 767. Montagsdemo am 2. Dezember 2024 wurde folgende Resolution mit zehn Stimmen bei einer Gegenstimme ohne Enthaltungen beschlossen:

Die Montagsdemo bekräftigt ihre Grundsätze: Sie ist überparteilich mit Offenem Mikrofon. Jeder kann auf antifaschistischer Grundlage daran sprechen. Die Montagsdemo ist offen für eine befreite Gesellschaft. Sie lehnt imperialistische Kriege ab, tritt für Völkerfreundschaft ein und steht auf der Seite der Unterdrückten der ganzen Welt. Nicht geduldet werden Beiträge, die faschistischen, rassistischen oder sexistischen Inhalt haben. Diese Grundsätze gelten auch für die Homepage. Beiträge sollten möglichst drei Minuten nicht überschreiten. Ausnahmen können von den Anwesenden beschlossen werden.

Die Beiträge von Frank Kleinschmidt zum Krieg in Palästina/Israel entsprechen nicht diesen Grundsätzen. In ihnen wird der Völkermord in Gaza gerechtfertigt und dem palästinensischen Volk das Existenzrecht abgesprochen. Wir bitten daher den Webmaster der Homepage, diese Beiträge von der Homepage zu entfernen. Andernfalls sehen wir uns gezwungen, die Homepage nicht mehr als Homepage der Bremer Montagsdemo anzuerkennen. Das würden wir bedau-

ern, da wir ausdrücklich die langjährige Arbeit des Webmasters anerkennen und würdigen.

*Wolfgang Lange (MLPD, Moderator Bremer Montagsdemo)*

Resolution mit Teilnehmermehrheit verabschiedet: 120 von 500 Holocaust-Experten beschuldigen Israel des Völkermordes im Gazastreifen („Tageszeitung“)

## zionistische äusserungen runter von der homepage!

hallo, gerolf! das, was israels regierung treibt, ist keineswegs nur eine selbstverteidigung, sondern inzwischen wirklich ein "genocide"! es sind so viele menschen, vor allem kinder in den letzten 75 jahren auf anordnung der H E R R schenden in israel ermordet worden wie in keinem krieg zuvor, 62% des landes sind zerstört, es gibt millionen von menschen, die auf der flucht sind ... sieht so eine "selbstverteidigung" eines landes aus, das seit 75 jahren den kampf gegen die palästinenser\_innen führt?

es wird nicht die existenz des staates israel negiert, sondern deren kriegerische staatsführung angegriffen und ja, auch bekämpft!!! dies aber ist keine Z E N S U R !! denn es ist wirklich so, daß zionist\_inn\_en faschist\_inn\_en sind, weil sie das recht der palästinenser\_innen auf leben und wohnen und körperliche unversehrtheit, auf freiheit mit füßen und erheblichen waffen und bomben treten und sie bis zur letzten person ausrotten wollen! dagegen muß sich widerstand erheben und das darf nicht mit antisemitismus gleichgesetzt werden!!

und die menschen, die die regierungs-, die vernichtungspolitik der israelischen regierung rechtfertigen wollen, verhalten sich faschistisch!! der grundsatz der montagsdemo ist es, faschistische aussagen nicht zuzulassen und sie zu ächten, dagegen zu kämpfen! und deshalb müssen solche zionistischen äusserungen von der homepage der montagsdemobewegung genommen werden und zwar sofort!! bitte nimm meinen beitrag auf die homepage! danke! antizionistische grüße von der "lilarote"n aus der wesermarsch. hallo! genau aus dem bekenntnis zum antifaschismus heraus hab ich erläutert, daß es wichtig war, mit der resolution mal tacheles zu reden und bestimmten positionen eine klare abfuhr zu erteilen!!

"im märzen die/der bäuerin/bauer die rößlein anspannt...." der nächste (friedrich) merz bringt keinen frühling! deshalb müssen wir ihn verhindern!! aber auch die "spezial"(sozial??)demokrat\_inn\_en haben uns schon immer verraten! UM EUROPA KEINE MAUER - BLEIBERECHT FÜR ALLE UND AUF DAUER! anti-

rassistische demos an allen grenzpunkten der brd zum ausland - jetzt sofort und überall

*Ruth Ingeborg Rieß (DKP)*

„Unverschämt“: Präsident Trump verbannt Journalisten, die nicht „Golf von Amerika“ sagen wollen („*Raw Story*“)

## Am Israel Chai



Ich bin tief bewegt darüber, dass meine bescheidenen Beiträge Anlass zu so etwas Bedeutsamen wie einer *Resolution* sind.

Den zionistenverschwörerischen Thesen entgegenzuhalten ist mir ein Bedürfnis, und falls beispielsweise ein Mitglied der jüdischen Gemeinde Bremens einen Blick auf die Seite werfen sollte, gäbe es jedenfalls für mich keinerlei Grund, vor Scham im Boden zu versinken. Einen schädlichen möglichen Antisemitismusvorwurf auf die Seite an sich sehe ich als von vornherein abgewendet. Ich kann damit gut leben und ruhig schlafen.

Als *zionistisch* mag es gerne gewertet werden, waren es schließlich Zionisten, die

maßgeblich und federführend die Aufstände im Warschauer Ghetto bewerkstelligt haben, weil sie diszipliniert und organisiert waren: militärisch geschult und mit Kontakten zu polnischen Partisanen nach draußen zur Beschaffung von Waffen. Dies adelt meine Beiträge. Ich wünsche der Jahrtausende alten Kultur des Judentums Frieden und Wohlstand in ihren angestammten Gebieten nach Jahrtausenden der Diskriminierung, Verfolgung, Ghettoisierung und erlittenem Völkermord.

Von Theodor Herzls „Der Judenstaat“ über den 1. Zionistenkongress in Basel und so weiter ist das heutige Israel das Ergebnis zionistischer Aktivitäten in all ihren politischen Schattierungen. Wer das Existenzrecht Israels bejaht, jedoch gegen den Zionismus verschwörungsverleumderisch agitiert, handelt widersprüchlich, denn ohne Zionismus gäbe es heute kein Israel. Wer jedoch, unfähig einer differenzierten Denkweise, in starrer weltanschaulicher Beharrlichkeit durch antizionistische Legenden zum Judenhass aufstachelt, gefährdet das Existenzrecht der Palästinenser und macht sich zum Sympathisanten islamistischer Mörderbanden, während er den größten Genozid an Juden nach dem Zwei-

ten Weltkrieg zum Anlass nimmt, am Stammtisch den Judenstaat von der Landkarte zu tilgen und sich anschließend den Bauch vollzuschlagen.

*Frank Kleinschmidt (parteilos)*

Trump droht mit Einmarsch in Gaza: Islamisten lassen überlebende nur 20 Geiseln frei, erschießen aber acht „Kollaborateure“ („N-TV“)

Rückschlag: Zwei Jahrzehnte nach Einführung von Hartz IV wird wieder gegen Arbeitslose gehetzt („Der Freitag“)

Sanktionen gegen psychisch Kranke: Wer keine Briefe mit niederschmetterndem Inhalt mehr öffnen kann, soll seine Wohnung verlieren („Tageszeitung“)

Wanzen: Im Bett mit Greta Thunberg („N-TV“)

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# Bremer Montagsdemo

## Kontakt

Seit August 2004 treffen wir uns **jeden Montag um 17:30 Uhr** in Bremens guter Stube, am Roland auf dem **Marktplatz**. Wir sind eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Arbeitslosengeld-I- und -II-Empfängern, Rentnern, Hausfrauen, Schülern, Sozialgeldbeziehern und Arbeitnehmern, die sich mit uns solidarisieren. Die Bremer Montagsdemo ist die größte regelmäßige politische Veranstaltung in der Hansestadt!

Uns eint die **Empörung über die asozialen Gesetze** der Bundesregierung, die sich unter Hartz I bis IV und Agenda 2010 keinen guten Namen gemacht haben. Wir wollen öffentlich zeigen, dass wir damit nicht einverstanden sind! Noch haben nicht alle Menschen begriffen, dass absolut *jeder* davon betroffen ist, sei es bei den Zuzahlungen für die medizinische Versorgung oder den Rentenkürzungen!

Zur Sprache kommen auf der Montagsdemo aber oft auch andere Themen, die uns bewegen und denen immer wieder gemein ist, wie zum Profitscheffeln **das Gemeinwohl mit Füßen getreten** wird. Ab 2010 war dies der Protest gegen das größtenwahnsinnige Bauprojekt „Stuttgart 21“, im Jahr 2011 unser Veto gegen den unverantwortlichen Betrieb von Atomkraftwerken, das die Regierung zur Stilllegung mehrerer Altmeiler gezwungen hat.

Wir haben ein **Offenes Mikrofon**, wo jeder zu Wort kommen kann, um die eigene Meinung oder auch ein persönliches Problem vorzutragen. Gerne helfen wir einander, geben Tipps, begleiten uns zur Bundesagentur für Arbeit oder zum (No-)Job-Center. Die Bremer Montagsdemo ist **überparteilich**, vertritt also keine politische Partei. Nur von den Faschisten grenzen wir uns nachdrücklich ab!

**Kontakt: Wolfgang Lange** (MLPD), Biebricher Straße 30, 28199 Bremen,  
Telefon 0421-554 337, [Wolfgang.Lange@nord-com.net](mailto:Wolfgang.Lange@nord-com.net)

**Zuschriften** an: [Initiative@Bremer-Montagsdemo.de](mailto:Initiative@Bremer-Montagsdemo.de) (Verteiler),  
[Manuskripte@Bremer-Montagsdemo.de](mailto:Manuskripte@Bremer-Montagsdemo.de) (Redaktion)

**Impressum/Datenschutz:** G. Wulf, Luchtbergstraße 27, 28237 Bremen, Info(at)Bremer-Montagsdemo.de (parteilos) – Für die Beiträge haften die Verfasser. Zuschriften können intern diskutiert und veröffentlicht werden. Diese Website verwendet statisches HTML ohne Scripting oder Tracker, setzt keine Cookies und erfasst selbst keine Besucherdaten. Der Provider erfasst Ihre IP-Adresse, Verweildauer sowie Seitenaufrufe für eine Statistik. Es gibt keine Werbeeinnahmen aus eingebundenen oder verlinkten Fremdinhalten.

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de) – 17:30 Uhr am Marktplatz

# Weg mit Hartz IV !

Warum gibt es eine Montagsdemo auch in Bremen? – Weil die katastrophalen Auswirkungen von Hartz IV und Agenda 2010 *alle Teile* der Bevölkerung treffen!

- Die Regelsätze für Arbeitslosengeld-II- und Sozialgeldempfänger sowie der Grundsicherung für Rentner liegen mit 345 Euro weit unter dem Existenzminimum!
- Von den früheren Arbeitslosenhilfebeziehern erhalten 71 Prozent künftig weniger oder gar keine Geldleistungen mehr! Hiervon sind hauptsächlich Frauen betroffen: ein politischer Offenbarungseid!
- Kinderbetreuungskosten müssen aus dem viel zu niedrigen Regelsatz bezahlt werden: Alleinerziehend zu sein, bedeutet unter dieser Regierung also Verarmung!
- Durch die Einführung der Ein-Euro-Jobs werden in den Betrieben reguläre Arbeitsplätze vernichtet! Dieses Schicksal kann mittlerweile *jeden* Erwerbstätigen treffen!
- Die systematische Vernichtung der Massenkaukraft bedroht Kleingewerbetreibende in ihrer Existenz!



Unsere Montagsdemo ist aber nicht nur Ausdruck des Protestes! Wir organisieren zugleich Hilfestellung für die Betroffenen! Wehrt euch für eine menschenwürdige Zukunft! Wehrt euch gemeinsam mit uns, bevor es zu spät ist! Die Montagsdemo geht uns alle an! Wir sind das Volk! Hartz IV und Agenda 2010 müssen weg!

**[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de)**  
**immer ab 17:30 am Marktplatz**

# SOSYAL

## YIKIMA HAYIR

Bremen 'de neden Montagsdemo var? – Çünkü Hartz IV nın yol açtığı büyük yıkım (Agenda 2010) bütün Halkı kapsamaktadır!

- Uygulamalara sokulan yeni yasalar işsizlik parası II (Arbeitslosengeld II) ve sozial parayla geçinen insanlar, bununla birlikte emekliler parası 345 € indirilip yaşama standartlarının altına düşürülmektedir.
- Geçmiş de işsizlik parası alanların şimdi 71 % ya az almakda, yada hiç almamaktadır. Bu yeni yasalar en çok kadınları etkilemektedir.
- Çocuk bakım parası bu yeni uygulamalarla ortadan kalkmaktadır: yani tek başına çocuk büyütme demek bir anlamda yoksulluk içinde çırpınmak demektir.
- 1€-Jobun yasalara geçmesiyle fabrikalarda iş yerleri bir bir yok olmaktadır. Ve bu yokoluş tüm insanları kendi kaderine (yanlızlığa) itmektedir.
- Bu sistematik uygulama, (yani yıkım) küçük firmaların alış gücünü yok etmele birlikte, kendi eksistenslerini de koruyamamaktadır.



Ama bizim Montagsdemomuz sadece protesto olmamakla birlikte bu yasaların etkilediği insanlara da yardım eli uzatmaktadır. Ey Halk uyan, insanca bir yaşam için tek vücut olup geleceğimizi kendi ellerimizle yaratalım. Montagsdemo hepimizi ilgilendiren bir organization' dur. Biz Halkız. Hartz IV ve Agenda 2010 kayıtsız, şartsız, öyle veya böyle gitmelidir.

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de)  
17:30 Marktplatz

# No to Hartz IV !

Why a Monday Demonstration in Bremen, too? – Because the disastrous consequences of the Hartz IV laws and the Agenda 2010 have an effect on *every section* of the population!

- The monthly amount of 345 Euros for recipients of unemployment benefit II (Arbeitslosengeld II), social security benefits (Sozialgeld) and basic security benefits for pensioners (Grundsicherung) is far below subsistence level!
- 71 per cent of those who used to receive unemployment benefit are getting reduced payments now or losing financial support altogether! This hits mainly women: a political oath of disclosure!
- All expenditure for childcare is supposed to be covered by the insufficient basic unemployment benefit, and being a single parent therefore equals poverty!
- Introducing one-Euro-jobs leads to the destruction of regular employment in the factories! Any employee could lose his or her secure job through this development!
- Systematic destruction of mass purchasing power threatens the existence of small businesses!



Yet our Monday Demonstration is not a mere expression of protest, it also organizes help for those concerned! Fight for a human future! Join our fight before it is too late! The Monday Demonstration does concern each of us! We are the people! No to Hartz IV and Agenda 2010!

[www.Bremer-Montagsdemo.de](http://www.Bremer-Montagsdemo.de)  
17:30 Marktplatz